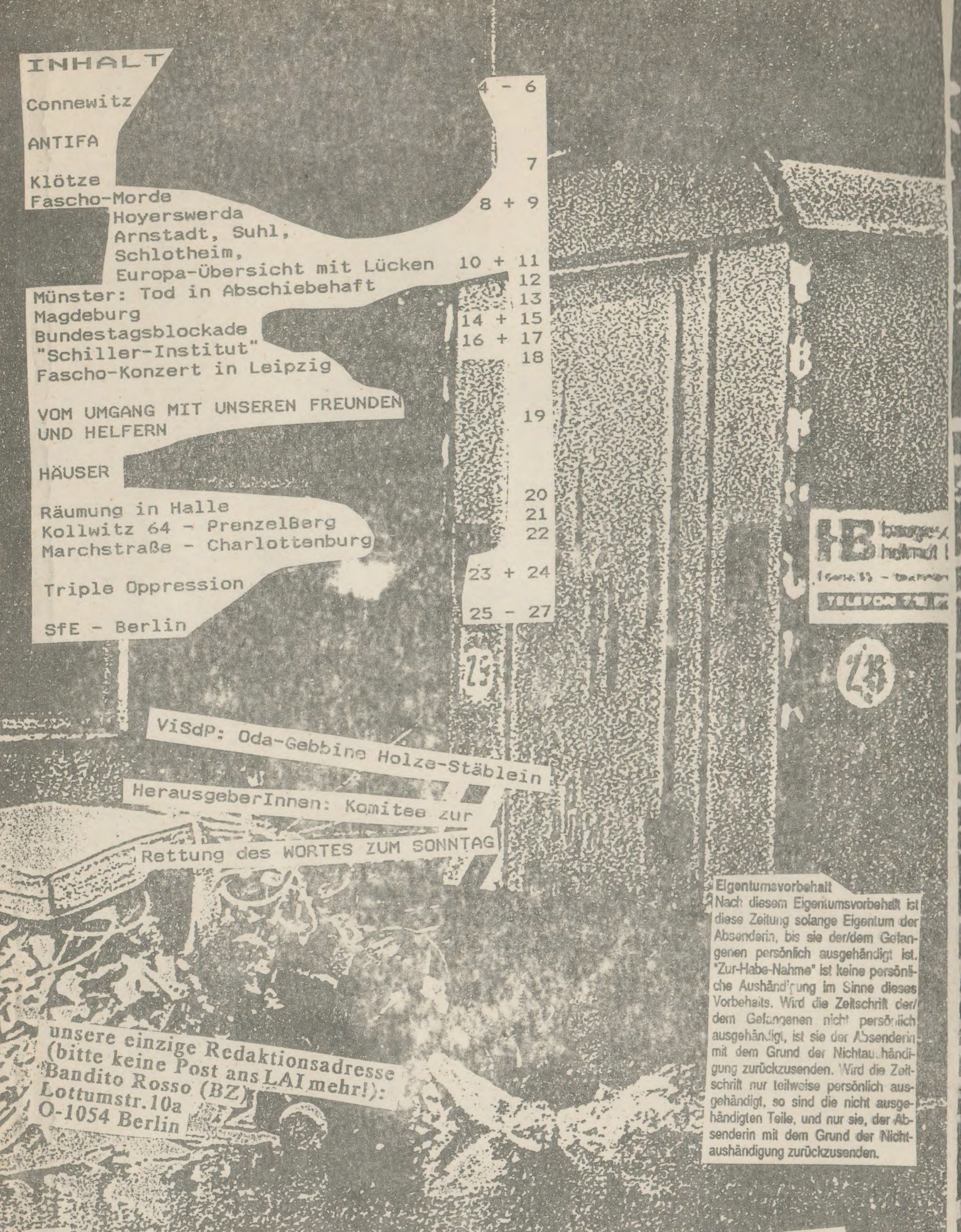

4-3-93
jahrgang 3
NR 42
zwo marks
Manifestante de extrema-esquerda e polícia durante os incidentes em que Kohl foi agredido



INHALT

ViSdP: Oda-Gebbine Holze-Stäblein

HerausgeberInnen: Komitee zur Rettung des WORTES ZUM SONNTAG

unsere einzige Redaktionsadresse (bitte keine Post ans LAI mehr!):
Bandito Rosso (BZ)
Lottumstr.10a
O-1054 Berlin

Im Hintergrund (leicht verdeckt): unsere neuen Redaktionsräume

VORWORT

Diese Nummer der BZ ist eine NOTAUSGABE (!!), auch wenn sie nicht unbedingt danach aussieht. Wie wir schon in unserer letzten Ausgabe angedeutet haben, diskutieren wir momentan im BZ-Kollektiv vorallem darüber, wie es mit der Zeitung weitergehen soll. Solange wir damit nicht zu einem Schluß gekommen sind, den wir Euch zur Diskussion vorstellen können, wird es weiterhin NOTAUSGABEN geben. Wir sagen dies vorallem darum so ausdrücklich, um die eine oder den anderen von Euch noch einmal aufzufordern, sich an dieser Auseinandersetzung zu beteiligen. ((Zwischenruf: Notausgaben gegen den Normalzustand der schlechten Welt! No paseran !))

TTO TOTO SPIEL 77

Die Fragebogen-Aktion, die wir in der letzten Ausgabe angeleiert haben, ist wider Erwarten gut angelaufen. Es ist für uns schon ein gutes Gefühl, festzustellen, daß es sie tatsächlich gibt: die BZ-LeserInnen. Dank allen, die bis jetzt geantwortet haben!
Besonderer Dank an die Leute aus dem Infoladen Paderborn; Euer Brief hat uns wirklich Mut gemacht und die Bauchschmerzen, die wir mit diesen Fragebögen von Anfang an hatten, vertrieben. Wir würden uns freuen, wenn Ihr uns Eure Kritik an den bundesweiten Infoladentreffen noch einmal so ausführlich erläutern könntet, daß wir sie abdrucken können. Das würde, so denken wir, sehr viele Leute in der ex-DDR schon interessieren.
In vier bis sechs Wochen werden wir die Ergebnisse der Umfrage vorstellen und - vor allem - welche Schlüsse wir daraus ziehen werden.

Ettliche von Euch haben diese Aktion auch zum Anlaß genommen, sich bei uns genau nach Abbo-Bedingungen zu erkundigen. Also:

Einzelabbos kostenlos nur in den Knast; andere Einzelabbos nur in Städte, in denen die Zeitung nich über Infoläden o.ä. zu bekommen ist. Kontonummern haben wir nicht, Rechnungen stellen wir nicht aus ((Zwischeruf: mensch muß ja nicht jeden Scheiß mitmachen!!)), Einzelne wie Ladenkollektive und/oder WeiterverkäuferInnen werden daher solidarisch gebeten, in regelmäßigen Abständen die Scheine für die erhalteten Exemplare rüberzureichen. Verbindlichkeit ist immer eine Sache zwischen zwei oder mehr Leuten. In diesem Sinne.

In dieser Ausgabe gehen wir nocheinmal etwas genauer auf die Folgen der Randale in Connewitz Ende November letzten Jahres ein. Einige aus unserem Kollektiv haben sich in den letzten vierzehn Tagen intensiver damit befaßt, weil im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Prozesse doch einiges schief gelaufen ist. Die ersten Prozesse beginnen am Montag, 8. März; wir werden auf jeden Fall beobachten. Wichtig wäre, wenn sich auch noch andere Gruppen dazu entschließen könnten, bzw. eine Prozeßbeobachtung auf die Reihe kriegen. ((Zwischenruf: South Bronx_7030 - wir lassen Euch nicht allein!!))
Wie immer sind Antifa-Nachrichten ein weiter Schwerpunkt im Heft. Unzufrieden sind wir darüber, daß niemand einen gesicherten Bericht über das angesagte STÖRKRAFT-Konzert in Königs Wusterhausen abgegeben hat. So weit wir wissen, fand das Konzert in KW nicht statt, statt dessen ist die ganze Belegschaft (gerüchteweise !) in die "Wurzel" nach Marzahn gezogen.
Zum Schluß noch liebe Grüße an Jürgen - Dein Brief ist angekommen, du wirst die Zeitung natürlich weiterhin kriegen - viel power und Liebe.
Eure BZ'lerInnen

Presseerklärung

Der unverhältnismäßige Polizeieinsatz und die Eskalation der Gewalt in der Nacht vom 27. zum 28. November hatte einen Schwerstverletzten und eine bislang noch nicht ermittelte Zahl Leichtverletzter sowie über 40 Festnahmen gefordert. Noch immer sitzen 5 Jugendliche in Untersuchungshaft. Am 8.3. wird der erste Prozeß vor dem Landgericht gegen drei dieser Jugendlichen eröffnet.

Hintergründe

Die labile Situation in der Leopoldstraße, die seit Monaten oft Gegenstand der Presse war, kann nur der Aufhänger für diesen Polizeiüberfall gewesen sein. Wir betrachten die Ereignisse nicht losgelöst, sondern in folgendem Kontext:

1. Die schweren Auseinandersetzungen fanden am Ende einer Woche statt, in der nach den faschistischen Morden in Mölln, Wuppertal und Berlin auch in Leipzig antifaschistische Demonstrationen organisiert worden waren. Es war eine Situation, in der die großen PolitikerInnen der BRD begannen, verbal eine rechtsradikale Gefahr anzuerkennen. Gleichzeitig betonten sie jedoch, gegen die "Gewalt von Links und Rechts" härter vorgehen zu wollen. Es sei hier auf den 21.3.92 verwiesen, an dem faschistische Organisationen ungestört eine Kundgebung vorm ehemaligen Dimitroffmuseum abzogen, während gegen Linke und DemonstrantInnen der Bürgerbewegung mit Knüppeln und Wasserwerfern vorgegangen wurde. War der 27.11. eine nachträgliche Legitimation für die in der Öffentlichkeit kritisierte Polizeiaktion im März ?
2. Seit den Sommermonaten verhandelten Stadt/LWB mit InstandbesetzerInnen aus Connewitz um Mietverträge. Gleichzeitig stellten CDU/DSU verstärkt Räumungsanträge im Stadtparlament. Die BesetzerInnen hatten wenig Verhandlungsspielraum. Es wurde versucht, ihnen verfassungs- und mietrechtswidrige Verträge aufzuzwingen. Wir sehen den brutalen Polizeieinsatz, bei dem auch Einheiten aus Dresden und Chemnitz agierten (bekannterweise unterstehen die SEKs dem Innenministerium des Landes), als letztes Arg[illegible]ment der LWB/Stadt und des Landes Sachsen. Verwiesen sei nochmal darauf, daß die Stadt S[illegible]egiert ist, während das sächsische Parlament CDU-dominiert ist.

Aber nicht nur die großen Parteien benutzen Connewitz als Spielball eigener Machtintressen, sondern auch Parlamentsabgeordnete von Bündnis und PDS verlangten zunächst eine öffentliche Distanzierung von sogenannten "kriminellen Elementen". Kriminalität in und um die Leopoldstraße wurde in den Medien permanent hochgespielt, während polizeiliches Vorgehen gegen professionelle und gutgekleidete Autodiebe, die es auch in Connewitz gibt, nicht erkennbar ist.
Es wird versucht, Connewitz-Süd als Hochburg "krimineller Linksextremisten" darzustellen, während die rechtsradikale Gewalt in vielen anderen Stadtteilen Leipzigs behördlich ignoriert wird. Greift ansonsten die Polizei bei eindeutig rechtsradikal motivierten Gewalttaten gegen AusländerInnen viel zu spät oder gar nicht ein, ist es mehr als erstaunlich, mit welcher Geschwindigkeit sie am Abend des 27.November Polizeieinheiten aus ganz Sachsen herbeigeholt haben will.

Zu den Verhaftungen

Die Festnahmen erfolgten fast ausschließlich vorm von der Polizei zunächst gestürmten ZORO. Die BesucherInnen einer Geburtstagsfeier und eines Konzertes wurden im Spießrutenlauf auf den Hof getrieben. Sie mußten sich in die Pfützen und den Dreck legen und bekamen dabei gezielt Schläge in die Nierengegend, Rücken und Kopfbereich. Später wurden wahllos Verhaftungen vorgenommen. Vorort wurden ein Journalist und ein Sozialarbeiter zusammengeschlagen, eine Krankenschwester, die Erste Hilfe leisten wollte, festgenommen.
Die verhafteten Personen sind nicht über ihre Rechte aufgeklärt worden. Im Falle von Minderjährigen wurden die Eltern viel zu spät benachrichtigt. Die Ermittlungsrichter schickten nach eigenem Ermessen und angeblich aufgrund der Zugehörigkeit zu einer Gruppe mehr als dreißig Personen in Untersuchungshaft.

Haftbedingungen

In der Untersuchungshaft erhielten die Inhaftierten eine völlig überholte Liste mit PflichtverteidigerInnen. Auf dem Jugendblock in der Kästnerstraße wurden einige von Rechtsradikalen zusammengeschlagen und bedroht. Uns ist ein Fall bekannt, in dem ein Jugendlicher mit der Auflage entlassen wurde, den Behörden Informationen über die sogenannte "Connewitzer Szene" zu liefern. Die Staatsanwaltschaft selbst hat sich nicht an ihre gesetlichen Vorlagen gehalten. So hat sie z.B. Haftprüfungstermine vorgezogen oder verschoben und dabei AnwältInnen nicht oder zu spät benachrichtigt. Eltern, welche ihre Kinder besuchen wollten, erhilten anfänglich keine Besuchserlaubnis, von Freunden und Freundinnen ganz zu schweigen. Eltern hatten nicht nur bei den Behörden mit Problemen zu kämpfen, sie wurden in einigen Fällen auch durch die Presse in entwürdigender Art und Weise behandelt.

Zu den Prozessen

Wir fordern die sofortige Einstellung aller Verfahren !

Koordinierungsgruppenbüro

LEIPZIG-CONNEWITZ
FOLGEN EINER STRASSENSCHLACHT

Am 8.März wird der erste Prozeß im Zusammenhang mit der Straßenschlacht in Leipzig-Connewitz in der Nacht vom 27. auf den 28.11.92 eröffnet. Drei Personen, die zur Zeit immer noch in U-Haft sitzen, sind wegen schweren Landfriedensbruchs angeklagt.
Zur Erinnerung: Im Herbst gab es in Leipzig zähe Verhandlungen um Verträge für die besetzten Häuser, deren Räumung CDU und DSU in der Stadtverordnetenversammlung am 21.10.92 (noch vergeblich) beantragt hatten. Da zog eines abends eine kleines Grüppchen von 25 Bullen aus, Randale zu provozieren, indem sie versuchten, zwei randalierende Kids, denen sie in ein besetztes Haus in der Leopoldstraße gefolgt waren, festzusetzen. Dabei wurde einem 17jährigen (der jetzt selbst wegen versuchten Totschlags angeklagt wird!) durch die Hüfte geschossen, die Bullen verließen den Schauplatz fluchtartig, ohne erste Hilfe zu leisten. 2 Stunden später tobte die Straßenschlacht zwischen 150 Leuten und 360 Bullen mit Tränengasgranaten und Wasserwerfern, in deren Verlauf 42 Menschen festgenommen wurden.
Zu den Ungereimtheiten dieser Nacht gehört, daß, wie jüngst zugegeben wurde, die Bullen aus Halle, Chemnitz und Dresden zur Verstärkung schon um 18.00 Uhr angefordert wurden, als überhaupt noch nichts los war. Auch die Stadtreinigung stand bereits vor Beginn der Auseinandersetzungen in einer Nebenstraße bereit.
Eine weitere Merkwürdigkeit war die Stürmung des Jugendzentrums "Zoro" am Ende der Straßenschlacht, die eigentlich zwei Straßen weiter stattfand. Den Weg ins "Zoro" fanden die Bullen mit Hilfe des Wohnungsamtsleiters der Leipziger Wohnungsbaugesellschaft Süd, der sich die "Befriedung" von Connewitz zur Aufgabe gemacht hat. Bei der Erstürmung wurden die KonzertbesucherInnen aus dem Haus geprügelt und danach zu einem Spießrutenlauf durch PolizistInnenknüppel gezwungen. Nach der Räumung zerstörten Bullen willkürlich einen Großteil der Einrichtungsgegenstände des "Zoro". Die Wiedereröffung ist für Anfang März geplant!
Profilieren möchte sich in dieser Angelegenheit auch Staatsanwalt Scholz, der soweit bisher bekannt, in allen Verfahren der Ankläger ist. Er hat es wohl besonders nötig, seine Leistungsfähigkeit auch im neuen System unter Beweis zu stellen. So hat er dafür gesorgt, daß das Verfahren am 8./9.März vor der Jugendkammer des Landgerichts verhandelt wird, was ungewöhnlich ist, weil solche Verfahren normalerweise von einem Schöffengericht im Amtsgericht abgewickelt werden. Das Landgericht kann allerdings sehr viel höhere Strafen (statt max. drei bis zu zehn Jahren Haft) verhängen. Außerdem ist ein Einspruch gegen das Urteil der Jugendkammer nur noch wegen Verfahrensfehlern möglich. Unklar ist auch, weshalb die Verfahren der drei zusammengelegt wurden, von denen einer obendrein älter als 21 ist. Die harte Linie des Staatsanwalts, der von einer Straferwartung von 4 - 7 Jahren Haft ausgeht, hat bei den Haftprüfungsterminen dazu geführt, daß diese drei, wie noch zwei andere, deren Prozeßtermine noch nicht feststehen, keine Haftverschonung bekamen.
Dabei ist erstaunlich, daß von den sieben genannten Zeugen bisher nur zwei vernommen wurden (davon einer der Einsatzleiter), noch dazu wo doch eben jene Zeugen bei fast allen 31 Haftbefehlen, die ausgestellt wurden, angeführt werden (zwanzigäugige Polizisten?)
Ganz offensichtlich sind diese Prozesse im Zusammenhang mit einer neuen Linie der Staatsgewalt seit Rostock zu sehen: Auch in Berlin heißt es seitdem, daß wegen schweren Landfriedensbruchs Angeklagte in U-Haft zu behalten sind, bis der Prozeß anfängt, und zwar v.a. deswegen, weil das zu erwartende Strafmaß für Steinwurf heutzutage nicht mehr bei höchstens 10 Monaten auf Bewährung sondern bei einem Jahr ohne liegt und die Fluchtgefahr deshalb höher sei.
Nichtsdestotrotz scheint es sich bei dieser Argumentation um einen Vorwand zu handeln, denn das eigentliche Ziel ist offenbar die Kriminalisierung der Leipziger Szene. So wurden die Festgenommenen bei der Vernehmung auch nach ihrer Gruppenzugehörigkeit und Kenntnissen derselben gefragt.
Mehr als die Hälfte der Festgenommenen saß länger als 5 Tage in U-Haft, einige auch mehrere Wochen. 31 von ihnen erhielten Haftbefehle. In der U-Haft wurden, wie mehrfach von Entlassenen berichtet, Leute von ebenfalls inhaftierten Faschos bedroht und mißhandelt.
Verhaftete wurden in den seit 1989 geschlossenen ehemaligen Stasi-Trakt des Untersuchungsgefängnisses aufbewahrt. Mindestens einer, der nur als Zeuge vernommen wurde, hat jetzt selbst ein Verfahren.
Bekannt ist, daß viele bei ihrer Entlassung die Auflage bekamen, je nach Wohnsitz, Leipzig, Connewitz oder wenigstens das "Zoro" und das "Conne Island" für's erste nicht mehr zu betreten. Einigen wurde auch mit einer er-

neuten Festnahme gedroht, wenn sie nicht Informationen über die Szene liefern würden. Diese Repessionswelle zeigt Folgen: Noch im Dezember schlossen viele BesetzerInnen aus Angst vor Räumungen Einzelmietverträge zu unglaublichen Bedingungen ab. Diese Verträge sind auf 5 Jahre befristet und verpflichten die MieterInnen zu umfassenden Instandsetzungsmaßnahmen auf eigene Kosten innerhalb knapper Fristen (das geht bis zum Anschluß des Hauses ans Fernwärmenetz bis Sommer 93!) bei nur 20% Mietminderung. Bestandteil der Verträge ist außerdem der Hafenstraßenparagraph, der besagt, daß der Vertrag fristlos gekündigt werden kann, wenn Gäste des/der MieterIn am eigenen oder Nachbargrundstücken Schaden anrichten. Selbst solche Verträge wurden einigen Häusern mit der Begründung verweigert, sie hätten zuvor zu aggressiv verhandelt. Damit sind die Stadtväter ihrem Traum vom Edelsanierungsviertel Connewitz ein Stück näher gekommen.

Da es der Staatsgewalt von Anfang an gelungen ist, die regionale Presse auf Linie zu bringen, ist es für die LeipzigerInnen schwierig, Solidarität und Öffentlichkeit zu organisieren, die aber dringend nötig sind, wenn wir verhindern wollen, daß an den Angeklagten Exempel statuiert werden, die uns allen später vorgehalten werden.

Bisher ist nur der erste Termin am 8. und 9. März, jeweils 10.30 Uhr im Landgericht in der Harkortstraße bekannt. Weitere 11 Anklageschriften sind raus, andere werden folgen. Achtet deshalb auf die nächsten Termine, nutzt eure Verbindungen und Einflüsse für eine richtige Darstellung der Ereignisse, sammelt Spenden, organisiert Soliveranstaltungen und Konzerte, besucht die Prozesse!

Spendenkonto für Rechtshilfe: Bayerische Vereinsbank
Kontoinhaber Mirko Rahn
Kennwort Connewitz
Kto.nr. 454 253 3
BLZ 860 200 00

Kontaktadresse: Conne-Island, Koburger Str.3, 0-7030 Leipzig, tel. 0341/31 10 44

In der Zeitschrift "Subbotnik in LA" Nr.44 aus Halle fand sich am Ende der Darstellung der Fakten ein recht szenekritischer Kommentar zu den Hintergründen. Wir wollen ihn euch nicht vorenthalten, auch wenn uns natürlich klar ist, daß das Geschreibsel Wasser den Mühlen gewisser Leute ist (aber die lesen ja hoffentlich die BZ nicht).

Zwei Jahre nach der deutschen Vereinigung hat sich die Situation in Connewitz grundlegend geändert. Der [P]ulverdampf hat sich verzogen, geordnete westdeutsche Verhältnisse ziehen ein. Die Stadt-Regierung hat nun Großes vor - ein Mustersanierungsgebiet ist im Entstehen. Abseits vom Innenstadtlärm und mit einer Auenlandschaft vor der Tür ist Connewitz potentiell keine schlechte Wohngegend. So werden jetzt mit Mitteln des Bundes und des Landes in Würde gealterte Vorgründerzeithäuser zu Top-Appartment-Häusern mit Antik-Touch gestylt, wo Zahnärzte und Oberstudienräte unter sich sein können. Westdeutschen Immobilienfirmen tauchen auf und bieten auf an den Ruinen angebrachten Schildern bald entstehende Eigentumswohnungen an. Nur eins stört das Business: Die Leute, denen zu verdanken ist, daß der Stadtteil überhaupt noch steht. Das Ziel, sie rauszudrängen oder wenigstens in die Pläne der Stadt einzubinden verfolgen leipzigs Kommunalpolitiker je nach Parteibuch auf unterschiedliche Weise. CDU und DSU favorisieren, wie nicht anders zu erwarten, eine harte Linie. Am 21.10.92 brachte die CDU, zunächst erfolglos, in die Stadtverordnetenversammlung einen Antrag "Zur Wiederherstellung von Recht, Ordnung und Sicherheit in Connewitz" ein, indem sie die sofortige Räumung aller "widerrechtlich" besetzten Häuser sowie ständige Polizeipräsenz forderte. Sofort nach den Riots brachte sie diesen Antrag wieder ins Gespräch. Vor Ort bekommt die CDU vom Bürgerverein Connewitz e.V. Schützenhilfe. In dieser Bürgerwehr-ohne-Waffen haben sich Hotel- und Ladenbesitzer und cholerische Wichtigtuer organisiert, die entweder das große Geschäft wittern oder einfach gegenüber anderen Lebensformen genauso dumpfe Vorurteile haben wie z.B. gegenüber AusländerInnen.

Des OB Lehmann-Grubes SPD, Leipzigs stärkste Partei, fährt bezüglich Connewitz zweigleisig. Der OB dementiert immer wieder Räumungsabsichten, setzt aber die BesetzerInnen in den Verhandlungen gleichzeitig so unter Druck, daß eine Räumung nicht so unwahrscheinlich ist. Unmittelbarer Partner bei den Mietverhandlungen ist die LWB Leipzig-Süd. Jahrelang wurde von ihrer Seite eine Hinhalte-Taktik verfolgt, in den letzten Monaten drängte sie dagegen ultimativ zur Unterzeichnung skandalöser Mietvertrags-Angebote. Durch diese Verträge, die bis jetzt schweren Herzens von den meisten Häusern unterschrieben wurden, werden die Bewohner unter anderem verpflichtet, in einem festgesetzten Zeitraum (bis Mitte des Jahres) für eine Sanierung von Dachstühlen, Gas, Strom, Fußboden etc. zu sorgen und diese selbst zu finanzieren, obwohl normal Miete bezahlt wird. Das bedeutet für eine Dreiraumwohnung geschätzte Kosten von rund 11000,-DM. Bei Nichteinhaltung dieser Klausel des Vertrages droht ebenso Kündigung für das ganze Haus wie für den Fall, daß vom Haus aus eine Straftat verübt wird! Fatalistischer Kommentar dazu in einer Erklärung der Connewitzer Alternative:" Zur Auswahl stehen zur Zeit: Räumung, Ruin oder Aufgabe."



An dieser Stelle könnte mensch die Erklärungen beenden und glauben, man hätte die grundlegenden Widersprüche in Connewitz dargestellt. So geschehen in einer Kurzinfo im AK 349. Doch zu einer wahrheitsgetreuen Widergabe (geht es darum?) der aktuellen Lage gehört auch die Feststellung, daß die Vergiftung des Klimas im Kiez zum Gutteil auf die Besetzer zurückgeht, genauer gesagt auf die in letzter Zeit in die Szene einsteigenden Kids (13 - 17 Jahre). Es sind zum Teil ausgerissene Heimkinder, andere wohnen noch zu Hause. In Connewitz leben sie ihre Lagerfeuerphase aus und zwar ungehindert. Hausbesetzungen sind für sie weniger eine Chance Stück für Stück etwas eigenes aufzubauen oder gar ein politisches Projekt, sondern in erster Linie eine gewaltige Provokation "der Spießer". Dazu paßt gelegentliches Entglasen von Spießerfenstern ebenso wie Autoknackerei, und Straßenkampf mit den Bullen ist überhaupt das Größte. (Das, liebe Freunde vom AK, ist der Trend im Osten; die westdeutschen 80-er Jahre-Muster: idealistische Hausbesetzer kontra Pigs hauen nicht hin.) Nun liegt uns nichts ferner als hier den Zeigefinger zu schwingen und allgemeines Wohlverhalten zu fordern. Doch BILD und ähnliche Blättchen bedanken sich für die Schützenhilfe beim Verbreiten von Vorurteilen gegenüber HausbesetzerInnen. Die alteingesessenen BesetzerInnen versuchten das Geschehen bisher zu ignorieren. " ' Als die Kids hierher gezogen sind', berichtet Marc ' hat uns das nicht interessiert. Und als wir merkten, daß die nichts Besseres zu tun hatten, als Autos zu knacken und zu Schrott zu fahren, war es eigentlich schon zu spät.' " (TAZ 4.1.1993) Wie schon erwähnt, begannen die Riots vom 27.11.92 damit, daß zwei Kids, auf einer Hendrix-Fete in euphorische Stimmung gebracht, dieses Glücksgefühl den Anwohnern mitteilen wollten und zu diesem Zwecke ein Auto demolierten.

Kurz vor dem Jahreswechsel, am 22.12.92, kam es sogar noch dicker. Infolge einer ähnlichen Aktion kam der 21-jährige Besetzer Steffen T. ums Leben. Dazu in der TAZ vom 4.1.1993:" Der Anlaß für Thümis Tod war schrecklich banal. Einige Jugendliche aus der Nachbarschaft des "Zoro" waren einmal mehr auf Autoklau gegeangen. In die Hände fiel ihnen ausgerechnet ein Wagen aus dem Leipziger Rotlichtmilieu, den sie zu allem Überfluß auch noch vor ihrem Haus parkten. Die Zuhälter wußten, wo sie zu suchen hatten." Thümi war auf die Nachricht hin, ein Haus werde angegriffen, zur Leopold 9 gerannt. Wenig später wurde er, der überhaupt nichts mit der Autoklau-Geschichte zu tun hatte, vor dem Haus mit vier Kugeln von den Zuhältern erschossen.

Der Informator

Terror in Reinkultur

Der Paartausend-Seelen-Ort Klötze scheint ein neues Kapitel in der Geschichte des faschistischen Nachkriegsterrors schreiben zu wollen. Über Wochen hinweg werden dort eine als antifaschistisch bekannte Familie und ihre Freunde bedroht, diffamiert, terrorisiert. Das ganze unter den Augen der Staatsmacht. Der Sohn des Bürgermeisters und der Sohn des einzigen Kripo-Beamten gehören mit zum federführenden Kern der ansässigen jungen verstörten wendegeschädigten rechtsradikalen Jugendlichen, die es in ihrer psychischen Labilität immerhin zu einer Organisierung in "Alt-" und "Jungsturm" gebracht haben.

Zur grausigen Alltäglichkeit zählen für die Familie derzeit Beschimpfungen als "Judenschweine" und Flaschen- und Steinwürfe auf das Wohnhaus der Familie. Selbst die geringste Äußerung von Solidarität mit der ob ihrer Gesinnung verfolgten Familie zieht die Gefahr der Miteinbeziehung in den Terror nach sich. Ein vor dem Polizeirevier geparktes Auto Salzwedeler Antifas wird von Faschisten beschädigt. Die Polizei wollte nicht eingreifen. Ebenso verhielt sie sich bei der zwei Wochen andauernden Entführung des Sohnes der Familie. Obwohl der Aufenthaltsort bekannt war, weigerten sich die Polizisten (5 im Ort) einzugreifen. Selbst eine Anzeige wurde erst auf mehrfaches Drängen der Mutter des Entführten angenommen. Getan hat sich bisher nichts.

In Anbetracht, daß die Staatsmacht weder Willens noch in der Lage zu sein scheint (nächstes größeres Revier ist 3/4 Stunde Autofahrt entfernt), ist die Familie bereit alles zu tun, daß sich die Situation ändert - mit einer Ausnahme: wegzuziehen.

Übrigens sieht das rechte Auge des Gesetzes leicht darüber hinweg, daß selbst direkt am Ortseingang Wehrsportübungen abgehalten werden. ***Infos von einem Antifa aus MD***

Unvollständige Chronologie

Angriffe auf Familie X in Klötze

April/Mai/Juni 15-jähriger muß ins Heim, da seine Sicherheit bei der Familie nicht mehr gewährleistet werden kann, der noch 12jährige wird von Lehrern zum Bäcker geschickt und auf dem Weg dahin bedroht und verprügelt (R. Siegmund)

18.8.92 Ralf Siegmund schmiert ein Hakenkreuz an die Haustür der Familie, abends wird der 15jährige Sohn gejagt

19.9. Quint und Schuhmann jagen die Söhne bis zur Wohnung, dort wird die Mutter beschimpft ("Judensau, Drecksau"), Polizei um Unterstützung gebeten, die fahren einmal bei der Familie vor, damit ist der Dienst erledigt; 22 Uhr werden Schüsse auf das Haus abgegeben, ab 19 Uhr Psychoterror durch Hupen, Reifenquietschen, Streifen- und Provofahrten (an diesem Tag befanden sich übrigens mehrere 8jährige Mädchen bei der Familie, die den Geburtstag der Tochter feierten)

26.9. Geburtstag des 15jährigen Sohnes, Quint und Schuhmann schießen wieder auf das Haus, erneute Streifen- und Provo-Fahrten, Steine werden gegen das Haus geworfen, Morddrohungen gegen den 15jährigen (schriftlich und mündlich)

29.9. Sebastian Langner und Heiko Kruppe versuchen eine Feier der Familie anzugreifen (bewaffnet mit nagelgespickter Basekeule)

Sept/Okt. Söhne müssen regelmäßig von der Polizei aus öffentlichen Gebäuden befreit werden (Aldi, Kaiser's Markt, Tankstelle), Belagerung der Gebäude von ca. 15 Faschisten nicht selten; Treffpunkt der Söhne und deren FreundInnen wird zerstört, am Wochenende wird das Haus regelmäßig beschossen (meist gegen 22 Uhr); Salzwedler AntifaschistInnen und Mutter werden gejagt, beteiligt sind 12 Nazis (Qunit; Schuhmann; Rummelfanger; Lorenczius)

Ende Oktober ca. 22 Uhr Schüsse und Steine auf das Haus, gegen 23 Uhr Überfall auf das nahegelegene Flüchtlingsheim

12.12. Salzwedeler AntifaschistInnen werden verfolgt

15.12. 13jähriger Sohn wird von Faschisten verprügelt (Sebastian Lange, Christian Görs, Dennis Müller), Wohnung eines Freundes ausgeräumt, Video- und Stereoanlage zerstört/geklaut (diese Wohnung wurde schon länger belagert, Tür eingetreten usw., daher hielt er sich schon länger bei Familie X auf), Haupttäter: R. Siegmund

Antifa-Aktion in Klötze

Am 9.1.93 trafen sich in Klötze AntifaschistInnen aus verschiedenen Städten, um einen gemeinsamen Aktionstag zu machen. Geplant war eigentlich ein Büchertisch und das Verteilen von Flugblättern, also einfach präsent sein. Eine Demo war ursprünglich gar nicht vorgesehen, fand aber doch statt, einfach, weil der Weg vom gemeinsamen Parkplatz bis in die Innenstadt genau die richtige Länge hatte. Angemeldet war nichts, und so hätten theoretisch auch keine Bullen da sein dürfen, aber gerüchteweise sickerte dann durch, daß eine Antifa kurz vorher in einer Situation den Mund nicht halten konnte, als gerade der "richtige" Mensch daneben stand. So hatten wir also Begleitung von etwa 20-40 Bullen (sonst gibt's im Nest nur ca. 5 Grünmännel - d.S.), die teilweise mit der Demo mitgingen und teilweise in der Stadt verstreut standen; nicht behelmt zwar, aber immerhin einige mit Knüppeln und auch sonst sehr imposant.

Faschos bekamen wir auf dem Weg in die Stadt nicht zu Gesicht, nur das Auto der Brüder Rummelfanger (Führer von Jung- und Altsturm) wurde um etwas Luft aus den Reifen erleichtert.

Im "Zentrum" von Klötze angekommen, waren wir unschlüssig, ob der Büchertisch nun stattfinden solle, es waren außer uns nämlich keine Leute da. Schließlich bauten wir ihn doch auf, es blieben ca. 20 Leute zurück, der Rest zog in die "Wasserfahrt", das ist das Neubaughetto von Klötze, dort wohnen auch die meisten Faschos. Aber auch diese ließen sich nicht blicken, wir haben da tatsächlich die ganze Zeit über keinen einzigen Fascho gesehen. Nach etwa einer Stunde kamen die Leute aus der "Wasserfahrt" zurück, die Tische wurden eingepackt, und es ging zum Parkplatz zurück. Dort waren inzwischen die Bullen gewesen, hatten sich alle Autonummern aufgeschrieben und ein Ultimatum zur Räumung des Platzes gestellt, allerdings gaben sie uns 3 Stunden Zeit.

Mit dieser Aktion wollten wir zunächst einmal Präsenz zeigen, das ist uns auch gelungen, wenn auch kaum Leute da waren. Die, die uns gesehen haben, wurden reichlich mit Flugis versorgt, ebenso wie die wartenden AutofahrerInnen. Meist kamen sogar positive Reaktionen. Dieser Aktionstag soll nicht das einzige bleiben, was wir in Klötze gemacht haben, wir wollen dort kontinuierlich über einen längeren Zeitraum tätig sein, um dem Faschoterror dort wirksam etwas entgegensetzen zu können..

a.g.

Magdeburg-Infos

3.12. Demo mit 400 Leuten - trotz großem Bündnis (PDS, B. 90/Grüne, SPD, DGB, Antifa-Jugend, Frauenantifa, Antifa-Initiativgruppe, u.a.) nur so wenig Leute, da einzige Magdeburger Tageszeitung "Volksstimme" den Aufruf nicht veröffentlicht. Bullen halten sich absolut zurück, Faschisten werden vertrieben, Redebeitrag der Antifa-Jugend findet Interesse und Zustimmung und wird auch als Flugi verteilt.

In MD existiert ein Breites Bündnis (PDS, B. 90/Grüne, Antifa-Jugend, Frauenantifa, Antifa-Initiativgruppe, Friedenskreis) zur Vorbereitung des Aktionstages zum 30. Januar in MD zahlreiche antifaschistische Streifen (in einem Stadtteil schwerpunktmäßig) - Nazi-Kids werden entwaffnet und Personalien aufgenommen, um sie von Beteiligung an rass./fasch. Aktionen abzuhalten, einige 'ältere' Faschisten vertrieben und für einige Zeit 'außer Gefecht' gesetzt.



wandelt TRAUER in WIDER-STAND

STAATSANWALTSCHAFT VERTUSCHT VORGÄNGE UM DEN ÜBERFALL AUF "NACHTASYL"

Freitag Nacht, gegen 21.30 Uhr startet im Szenekeller "Nachtasyl" eine Konzertveranstaltung einer Punkt- und einer Metallband. Das Publikum war, entgegen Veröffentlichungen in den Medien, nicht ausschließlich der autonomen Szene zuzuordnen. [illegible] im Vorfeld der Veranstaltung kam es zu einer Provokation durch mehrere [illegible]onazis. Dies wurde durch das Verhalten des Klubbesitzers ermöglicht, der den Faschisten den Zugang durch den Hintereingang gewährte. Dabei wurde ein Einlasser tätlich angegriffen.
Nachdem die erste Band ohne Zwischenfälle gespielt hatte und die zweite gerade im Begriff war anzufangen, kamen mehrere "Besucher", die eindeutig der Faschoszene zuzuordnen sind. Besagte Personen wurden schon vorher bei faschistoiden Ausschreitungen und Überfällen gesehen und durch Leute,die sie wiedererkannten aus dem Klub verwiesen. Vor dem Klub kam es nach einer kurzen verbalen Auseinandersetzung zu unkontrollierten Steinewürfen auf die abfahrenden Faschoautos, wobei diese beschädigt wurden.
Nach ca. 20 Minuten erschienen etwa 40 Nazis am Klub, die sofort anfingen auf das Transportauto der Metallband einzuschlagen und versuchten das Fahrzeug in Brand zu stecken. Der zu diesem Zeitpunkt am Wagen befindliche Fahrer MIKE ZERNA wurde dabei auf brutalste Art und Weise zusammengeschlagen und versucht mit einem Kabel zu erdrosseln. Als dieses fehlschlug, kippten die Nazis das Auto auf den schon schwerverletzten MIKE ZERNA, wobei ihm Lunge, Nieren und die Leber zerquetscht wurden.
Danach stürmten die Faschohorde den Klub durch Vorder- und Hintereingang. Wahllos schlugen sie sofort auf die Konzertbesucher ein, schleiften sie an den Haaren ins Freie, wo sie weiter getreten und geschlagen wurden. Bei dem Angriff wurden neben Baseballschlägern und Eisenstangen auch Schußwaffen benutzt. Neben dem lebensgefählich verletzten MIKE ZERNA mußten auch andere Besucher stationär behandelt werden, wovon heute noch zwei im Krankenhaus liegen.
Obwohl der Vorfall mitten in einem dicht bewohnten Stadtbezirk stattfand und viele Anwohner das Gemetzel aus dem Fenster beobachteten, informierte keiner der "braven" Bürger die Polizei. Während der Überfall noch im vollem Gange war, beobachteten Augenzeugen, wie zwei Einsatzwagen der Polizei am Ort der Geschehnisse vorbeifuhren, ohne einzuschreiten. Erst eine halbe Stunde nachdem sich die Nazihorde verzogen hatte, erschienen dieselben Einsatzwagen und der beigerufene Rettungswagen. Die Polizeibeamten ließen sich den Vorfall nur kurz schildern und fuhren wieder weg.
Die bisherigen Ermittlungsergebnisse der Staatsanwaltschaft und der Polizei und das tagelange Geheimhalten der Vorgänge vor der Öffentlichkeit lassen vermuten, daß das Fehlverhalten der Polizei vertuscht werden sollte. Auch wenn einen Tag nach dem Überfall ca. zehn Personen aus der

rechtsextremistischen Szene durch die Sonderkommission" Rechtsextremismus" vorläufig festgenommen wurden, ist nicht mit einer wirklich schnellen Aufklärung der Vorfälle zu rechnen. Wie anders läßt sich erklären, daß auch drei Tage nach dem Überfall erst ein einziger Zeuge, der zudem noch nicht einmahl bei dem eigentlichen Tathergang anwesend war, vernommen wurde. Selbst der Umstand, das der Überfall schon seit längerer Zeit geplant war, bewegte die Staatsanwaltschaft nicht dazu, ihre Ermittlungen zu Verstärken. Wir gehen davon aus, das der Vorfall nicht in das Interresse der Öffentlichkeit gerückt worden wäre, wenn sich nicht einer der Tatverdächtigen, der Rechtsextremist PETER ALICKE, in der Haftzelle selbst aufgehängt hätte.
Warum schritt die Polizei nicht sofort ein, obwohl sie technisch in der Lage dazu ist?
Warum verhinderte die Staatsanwaltschaft die schnelle Ermittlung der wahren Schuldigen?
Warum wurde der Vorfall der Öffentlichkeit verschwiegen?
Wieso schauen noch so viele Bürger tatenlos zu?

Sollte es zu weiteren Angriffen, Uebergriffen und Morden an Menschen durch Rassisten und Faschisten kommen, sollte weiterhin Angriffe auf linke Infrastrukturen geschehen, dann sehen wir uns gezwungen, auf eine entschlossenere Art und Weise zu antworten. Wir sind an keiner Eskalation interessiert. Zum Schutz von Menschen, der durch die Polizei nicht garantiert wird, ist aber ein entschiedenes Eingreifen gefordert.
Wir bitten die Bevoelkerung, sich an den notwendigen Aktionen zu beteiligen.

Kein Pardon fuer Rassisten und Faschisten !

notwendiger nachsatz: Der Verletzte ist am Wochenende verstorben !

ANTIFA HOY-WOY

Musste es soweit kommen?

Eine Tafel, Kerzen und Blumen erinnern an der Arnstaedter B4 PassantInnen an den brutalen Mord vom 15. Januar diesen Jahres. Karl Sidon, 45-jaehriger Stadtgaertner wurde von einer Gruppe faschistoider Minderjaehriger brutal zusammengeschlagen, bewusstlos auf eine Kreuzung geschleift und von mehreren Autos ueberrollt. Kurze Zeit spaeter verstarb er im Krankenhaus an den Folgen dieser Tortur. Nach den Ermittlungen des Erfurter Staatsanwaltes liegt dem Mord keine politische Motivation zugrunde. Es wird hoechstens eine An- klage wegen Totschlags zustande kommen. Musste es soweit kommen? War ein Handlungsbedarf im Arnstaedter Schlosspark, Treffpunkt der hiesigen Naziskins, nicht schon eher gegeben? Seit Monaten wurden Menschen, die sich im Schlosspark aufhielten und auf irgendeine Art und Weise Missfallen bei den Faschisten erregten, verbal und taetlich angegriffen. Auch Karl Sidon sprach im Bekanntenkreis von seiner Angst, machte die Stadtoberen auf seine Situation waehrend der Arbeit im Park aufmerksam. Warum reagierten die Verantwortlichen nicht, setzten dem Unwesen ein Ende? Es ist allgemein bekannt, dass in Arnstadt Mitglieder der DVU festen Fuss gefasst haben.

Eine politische Ideologisierung mit faschistischem Gedankengut erzielte besonders an den Schulen seine Wirkung. Unertraeglich ist das Klima fuer differenziert Denkende geworden. Doch auch Christdemokraten scheinen dieser Art von Propaganda nicht verschlossen zu sein. Ein bezeichnendes Beispiel: Als im letzten Jahr bei einer gross angelegten Postkastenaktion Flug-blaetter der DVU auf diffamierende Art eine Rechnung praesentierte, was einE AsylbewerberIn dem deutschen Volke pro Jahr koste, kam auf Anfragen an die Stadtoberen eine kommentarlose Bestaetigung dieser Zahlen.

Vielleicht hofft mensch nun auf ei[illegible]tige Stellungnahmen gegen rechte Denker und deren Helfershelfer? Weit gefehlt! Die ga[illegible] Situation wird verniedlicht. Innenstaatssekretaer Lippert (CDU): "Es habe sich um eine Tat Einzelner gehandelt und nicht organisierter Gruppen." Es wird ueber eine verstaerkte Praesenz von Polizisten in "Gefahrenzonen" nachgedacht. Einmal abgesehen davon, dass diese Massnahme nur eine Scheinloesung darstellt, ist dieser Gedanke nicht realisierbar. Zur Zeit sind 29 BeamtInnenstellen in Arnstadt nicht besetzt. Schon jetzt werden Be-amte aus Ilmenau u.a. Staedten nach Arnstadt zwangsversetzt. Seit diesem Jahr erfolgte im Kreis eine Umstellung des PolizistInn+n- schichtsystems (Arnstadt als Vorreiter in Ostdeutschland), was ein ziviles oder gar Familienleben unmoeglich macht. Eine Frage der Zeit, dass der geaeusserte Unmut der PolizistInnen persoenliche Konsequenzen nach sich zieht. Und was machen die "unpolitischen Einzeltaeter"? Jeden Tag verschwinden Blumen an der Stelle der grausigen Gewalttat. Auf der gegenueberliegenden Strassenseite verziert ein Aufkleber die Strassenbeleuchtung "Deutschland den Deutschen - DVU". Ast.

Gewalttode v. Antifa/Thüringen

Am 3.2. wurde Olaf Heydenbluth, aktiver Antifa und SDAJ-Vertreter in Suhl, tot aufgefunden. Er war durch einen Gürtel erdrosselt worden und hatte eine Kopfverletzung. Olaf war in der jüngeren Vergangenheit als bekannter Antifa wiederholt, auch in seiner eigenen Wohnung, von Nazis mit Gewaltankündigungen bedroht worden.

Bereits vor über 14 Tagen wurde - ebenfalls in Thüringen bei Schlotheim im ehemaligen Zonengrenzgebiet - ein Punk im Handgemenge mit Nazis erstochen.

In der überregionalen Presse ist über diese Gewalttode nichts zu finden. Sogar die tageszeitung berichtet in ihrer heutigen Ausgabe lediglich über Vorhaltungen, die im Bundestag ggü. dem Bundesamt für Verfassungsschutz gemacht werden, daß seine Auflistung von Nazi-Morden unvollständig sei und daß sogar das Bundeskriminalamt den eigenen Zahlen mißtraue...

Gleichzeitig wird von den Thüringer Behörden abgelehnt, überhaupt über den rechtsradikalen Hintergrund der benannten Gewalttode zu ermitteln. In Suhl nimmt die Polizei Selbstmord an, ohne in Betracht zu ziehen, daß Olaf mit Freunden verabredet war und vieles darauf hinweist, daß Fremde in seiner Wohnung waren. Der ermordete Punk wird mit dem üblichen Hinweis auf "Jugendbanden" abgetan...

Wir fordern die PressevertrerInnen auf, zur rückhaltlosen Aufklärung beizutragen. Wie sicher können sich bekennende AntifaschistInnen überhaupt noch in einem Land finden, in dem die Öffentlichkeit zwar damit aktuell konfrontiert wird, daß unter den Augen von Innenministern Abkommen mit Neonazis getroffen werden (wie in Rostock-Lichtenhagen), aber der Mantel des Schweigens über Mord und Gewalttod vor dem Hintergrund von Naziterror gebreitet wird? Der Staat trifft Abkommen mit Brandstiftern - Mord und rätselhafte Gewalttode in Zusammenhang mit Gewaltdrohungen und -tätigkeiten der Rechten aber werden noch nicht mal öffentlich bekannt, geschweige denn überhaupt untersucht.

Wir erinnern dabei auch daran, daß die Mörder der Freiburgerin Kerstin Winter, die im Januar mithilfe einer Paketbombe ermordet wurde, immer noch frei herumlaufen und daß auch in Freiburg alle Spuren, die nach rechtsaußen wiesen, nicht weiter verfolgt wurden.

Die Kette der Nazi-Morde muß aufgeklärt werden! Verwandelt Trauer in Energie und Wut in Widerstand!

Polizei beteiligt an rassisistischer Gewalt

Schlaege, schikanen, misshandlungen- fremdenfeindliche uebergriffeder polizeikraefte sind in westeuropa alltaeglich geworden. und manchmal schiessen polizisten, statt fluechtlinge vor rassistischer gewalt zu schuetzen. das zeigen zwei studien, die jetzt veroeffentlicht wurden. mindestens 59 menschen starben im letzten jahr in den staaten der eg durch rassistische und neo-nazistische anschlaege, polizeiein- saetze und staatliche misshandlungen. zu diesem ergebnis kommt eine untersuchung der britischen zweimonatszeitschrift "carf", die von der "campaign against racism & fascism" herausgegeben wird. in belgien (4 tote), daenemark (2), deutschland (25), frankreich (11), italien (4), den niederlanden (3), spanien (2) und england (8) wurden 26 menschen bei organisierten rechtsradikalen angriffen getoetet, 16 starben durch einzelne rassistische attacken, 7 wurden von der polizei umgebracht, 6 todesfaelle sind unaufgeklaert, 3 fluechtlinge begingen selbsttoetung, und eine frau aus zaire starb in einem niederlaendischen gefaengnis, weil sie (im 7. monat schwanger) medizinisch nicht betreut wurde. ebenfalls in den niederlanden erlitt ein asylsuchender einen schweren gehirnschaden, weil ihm bei der abschiebung, wie dort ueblich, der mund mit klebestreifen versiegelt wurde. organisierte nazi- und skinhead-gruppen mordeten vor allem in der bundesrepublik, in italien und spanien; zu individuellen rassi- stisch motivierten attacken kam es besonders in britannien und frankreich. dort hat eine baeckerin einen algerier niedergestreckt, der ein paar croissants klauen wollte; das gericht sprach sie frei, sie habe lediglich ihr eigentum verteidigt. ebenfalls in frankreich erschossen polizisten zwei nordafrikaner; mohamed bahri hatte sich an einem fremden auto vergriffen, hassan ben ahmed dass in einem angeblich gestohlenen wagen. in bologna starb rakid telane durch polizeikugeln; er sei an einem raub beteiligt gewesen, behaupteten die beamten. zwei monate zuvor haben italienische polizisten einen afrikaner getoetet, auch er sei bei einem raub gestellt worden. in bruessel erschossen polizisten den 19jaehrigen fluechtling lafdil madini, zwei weitere auslaender wurden nach angaben von "carf" von der belgischen polizei in den tod getrieben. in daenemark wurde ein fluechtling aus togo in der polizeizelle erhaengt aufgefunden; er sollte ausgewiesen werde. "die gewalt der neonazis nimmt nicht nur in deutschland zu", schreiben die auto- rinnen, "wenn die regierungen das asylrecht weiter beschneiden, wird dies zu noch mehr todesfaellen unter fluechtlingen fuehren." in europa und britannien muesse nicht nur die gewalt der neonazis bekaempft werden, heisst es in der untersuchung, auch der staatliche und institutionelle rassismus toete. zum gleichen schluss kommt eine studie von amnesty international (ai). jene ordnungskraeft, die eigentlich rassistische gewalt verhindern, bzw. untersuchen sollten, haetten sich selber dieser vergehen schuldig gemacht, erklaerte ai in einer pressemitteilung anfang februar. "in vielen laendern westeuropas sind polizeikraefte in faelle von misshandlung und folter von andersfarbigen menschen verwickelt." das schlimme daran sei, dass fehlbare beamte nur aeusserst selten zur verantwortung gezogen wuerden; indem die regierenden die taeter straffrei liessen, beguenstigten sie weitere rassistische uebergriffe. ai zitiert in ihrer studie den fall des schwarzen landschaftsgaertners leslie burnett, dem die londoner metropolitan police im juli 1991 eine wiedergutmachung in hoehe von 100.000 dm zahlte. burnett war wegen angeblich versuchten autodiebstahls geschlagen, als "schwarzer bastard" beschimpft und mit fuessen getreten worden. nach einer zivilklage zahlte die polizei entschaedigung, stritt aber ihre verantwortung fuer den angriff ab. (quelle: januarheft von "carf", bm box 8784, london wcin 3xx, grossbritannien)

TOD IN ABSCHIEBEHAFT

Nach einem Brandanschlag auf das türkische Konsulat in Münster vom 27. auf den 28. Januar 1993 wurden in der gleichen Nacht zwei Kurden festgenommen. Beide hatten Asylanträge gestellt, waren abgelehnt worden und standen unmittelbar vor der Abschiebung.

Nach den Verhören durch bundesdeutsche Sicherheitsbeamte (und vermutlich türkischem Geheimdienst?) wurde einer der beiden von der Abschiebung bedrohten Kurden erhängt an einem Palituch in seiner Zelle aufgefunden.

Da Gefangenen in der Regel Gegenstände, mit denen mensch sich umbringen kann, abgenommen werden, ist nicht auszuschließen, daß er ermordet wurde.

Nach bisherigen Informationen wurden beide Kurden unter Druck gesetzt, um Informationen aus ihnen herauszupressen.

Viel mehr, als in den regionalen Hetzblättern Westfälische Nachrichten und Münstersche Zeitung zu lesen ist, wissen wir aber auch nicht.

Soweit wir das überblicke[illegible]nen, stand bisher überregional nur in der taz vom 29. Januar 93 ein völlig verdrehter und irreführender Artikel zu dem Brandanschlag.

Sobald wir mehr Informationen haben, werden wir sie Euch mitteilen.

Mit solidarischen Grüßen,

Infoladen Bankrott, c/o Fachschaft Politik, Scharnhorststr.103, 4400 Münster

und AK Kurdistan, c/o Die Brücke, Wilmergasse 4, W-4400 Münster

Anschlag auf das Generalkonsulat

MZ. Münster. Auf das Gebäude des Türkischen Generalkonsulats wurde in der Nacht zu Donnerstag, kurz vor 1 Uhr, ein Brandanschlag verübt. Der Einsatztrupp der Feuerwehr war jedoch rasch zur Stelle, so daß die vor dem Haupteingang des Hauses zündelnden Flammen gelöscht werden konnten, bevor sie größeren Schaden anrichteten. Menschen wurden nicht verletzt. Noch am Tatort nahm die Polizei, mit größerem Aufgebot präsent, zwei verdächtige Personen fest, offenbar kurdischer Volkszugehörigkeit. Die Ermittlungen dauern an.

MZ, 29.1.1993

■ Deutschland

Anschlag auf Türkin

München/Münster (dpa) – Zwei unbekannte Skinheads haben einem 17jährigen türkischen Mädchen in München mit einer Gaspistole brutal ins Gesicht geschossen. Das Opfer kam zur stationären Behandlung ins Krankenhaus. Zur Ergreifung der Täter wurde eine Belohnung von 3.000 Mark ausgesetzt, teilte die Polizei am Donnerstag mit. Auf das türkische Generalkonsulat in Münster ist in der Nacht zum Donnerstag ein Brandanschlag verübt worden. Niemand wurde verletzt.

TAZ, 29.1.1993

Täter brachte sich nach Attentat um

-chb- Münster (Eig. Meld.). Der 28jährige Kurde, der – wie berichtet – zusammen mit einem sieben Jahre jüngeren Komplizen einen Brandanschlag auf das türkische Generalkonsulat in Münster verübte, hat sich umgebracht. Er hat sich am Samstag mit einem sogenannten Palästinenserhalstuch am Zuleitungsrohr zum Heizkörper seiner Einzelzelle aufgehängt. Das bestätigte gestern ein Sprecher der Staatsanwaltschaft. Die beiden Attentäter, Asylbewerber mit libanesischem und türkischem Paß, waren kurz nach dem in der Nacht zu Donnerstag verübten Anschlag festgenommen worden und am Freitag abend in Untersuchungshaft gekommen. Sie wollten nach eigenen Angaben die Ermordung von Angehörigen in der Türkei rächen. Die Staatsanwaltschaft geht davon aus, daß sie ihre Tat im Auftrag der separatistischen Kurdenorganisation PKK ausgeführt haben..

WN, 3.2.1993

Münsterischer Anzeiger

Mittwoch, 3. Februar 1993

Verhafteter Kurde beging Selbstmord

Münster - Einer der beiden Kurden, die in der Nacht zum Donnerstag einen Brandanschlag auf das türkische Generalkonsulat in Münster verübt hatten, hat in der Untersuchungshaft Selbstmord begangen. Der 28jährige habe sich mit einem Palästinensertuch an einem Heizungsrohr in seiner Zelle in der Justizvollzugsanstalt Münster erhängt, berichtete gestern ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Münster am Dienstag.

MZ, 3.2.1993

Rumäne in Staßfurt erschossen

Die Magdeburger Staatsanwaltschaft hat die Unterrichtung der Presse und des Justiz- ministeriums über den Vorfall im Staßfurter Polizeirevier versäumt, bei dem ein rumänischer Asylbe- werber erschossen wurde. Das teilte Sachsen-Anhalts Justizminister Walter Remmers (CDU) auf eine An- frage des SPD-Abgeordneten Man- fred Püchel auf der Landtagssitzung gestern in Magdeburg mit. Seiner Auffassung nach wäre die Information notwendig gewesen, sagte Rem- mers. Es habe sic.h "offensichtlich um ein Versehen gehandelt". Die Staatsanwaltschaft sei noch einmal auf ihre Informationspflicht hingewiesen worden. Der Zwischenfall hatte sich am 22. Januar kurz nach ein Uhr ereignet. Bisher sei bekannt, daß am Abend des 2 1 . Januar ein Ausländer zur Feststellung seiner Identität im Zusammenhang mit einer Fahndung in das Staßfurter Polizeirevier ~ebracht wurde, berichtete der Minister. Es handelte sich um einen rumänischen Asylbewerber, der aus einer Aufnahmestelle aus Nordrhein-Westfalen kam. Der Rumäne hätte darum gebeten, zur Toilette gehen zu können und wurde von einem Beamten über den fiof gebracht. "Dabei soll der Ausländer versucht haben zu fliehen. Daraufhin soll der Beamte vergeblich versucht haben, ihn zu ergreifen, dann die Anwendung der Schußwaffe angedroht, einen Warnschuß und danach einen weiteren Schuß abgegeben haben," sagte Remmers. Der Schuß traf den Rumänen in den Rücken und verletzte das Herz, so daß der Asylbewerber unmittelbar danach verstarb. Der Erschossene war nicht bewaffnet. Ob der Gebrauch der Schußwaffe gerechtfertigt war, werde zur Zeit geprüft, teil: te Remmers mit. Remmers berichtete, daß gegen den Beamten ein Disziplinarverfahren läuft und er von der Führung der Amtsgeschäfte bis auf weiteres enthoben wurde. Der Beamte habe sich bisher zu dem Vorwurf des Tötungsdeliktes nicht geäußert, sagte Remmers. Der Vorfall ist Gegenstand eines Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft Magdeburg. Die Er- mittlungen sind noch nicht abgeschlossen, sagte Remmers. Er teilte weiter mit, da das Lagezentrum der Bezirksregierung Magdeburg das Lagezentrum des Innenministeriums unverzüglich über den Vorfall informierte.

Magdeburg

Seit einigen Wochen häufen sich wieder die Auseinandersetzungen zwischen Nazis und AntifaschistInnen in Magdeburg. Der Widerstand der AntifaschistInnen hat sich aber - verglichen mit der Situation vor etwa 1 Jahr - deutlich vergrößert. Streifengänge im Stadtviertel, Angriffe auf Nazis in "ihren" Stadtteilen, kleinere Aktionen gegen Buchläden, die Naziliteratur vertreiben u.ä. fanden statt und lenkten/lenken natürlich auch das Interesse der Bullen auf die AktivistInnen. So gab es in letzter Zeit häufiger Vorladungen wg. seltsamer Vorwürfe (Volksverhetzung u.ä.) und schon 2 Hausbesuche von 10-30 PolizistInnen in einem überwiegend von Linken bewohnten Haus, daß sie wohl unter sich als "TerroristInnen-Hort" handeln. Außerdem haben Demonstrationen zu Silvio's Tod und den Morden von Mölln der Stadt und den Nazis gezeigt, daß es auch in Magdeburg eine große Zahl von Menschen gibt, die sich dem Nazi-Terror entgegenstellen wollen und es auch tun. So gab es eine (Fast-)Spontandemo mit 300 TeilnehmerInnen und andere Aktivitäten, wie z.B. die Aktionstage "Gegen das Vergessen und das Wegschauen" zum 30. Januar, weil die von einem breiten Bündnis vor allem linker Gruppen vorbereitet wurden.

In der letzten Woche jedoch verstärkten die Aktivitäten der Nazischläger. Es wurden dabei mindestens 5 Jugendliche (v.a. Kid-Punx) verletzt. Daraufhin führten AntifaschistInnen Streifen-Gänge durch und erwischten dabei 2 bekannte Nazis in der Straßenbahn. Ein anderer Faschist, der Antifas mit einer "National-Zeitung" provozierte, wurde am Nachmittag von einer Gruppe Antifaschisten beschädigt. Diese beiden Vorfälle hatten größere Polizeieinsätze zur Folge, während eine Woche zuvor, als 4 Faschisten eine Gruppe Punx angriffen und dabei ein Angreifer von sofort zusammengelaufenen AntifaschistInnen gestellt wurde, nur 2 desinteressierte Beamte am "Tatort" erschienen. Hinterher stellt sich natürlich die Frage, ob es nicht besser gewesen wäre, den Faschisten für einige Zeit aus dem Verkehr zu ziehen, als ihn der Polizei zu übergeben.

Was in Magdeburg z.Zt. noch ein großes Problem darstellt, ist die mangelnde Rechtskenntnis gegenüber der Polizei, die das natürlich weidlich ausnutzt. Organisierte und andere AntifaschistInnen versuchen natürlich ständig, dieses Problem durch Gespräche und Info-Broschüren usw. zu beheben - es geht aber eben nicht von heute auf morgen, wie alles, nicht ?

Mit lieben Grüßen

ein paar Magdeburger

Neue Hausordnung Betreten verboten!



AUFRUF ZUR BLOCKADE DES BUNDESTAGES

Das Wechselspiel zwischen Regierenden und Regierten hat in den vergangenen zwei Jahren prächtig geklappt. Bis Rostock und Mölln waren es die Pogrome und alltäglichen Angriffe auf Flüchtlinge und Migrantinnen, die angefeuert vom Applaus der Staatsbürger und Staatsbürgerinnen den gesetzlichen und administrativen „Handlungsbedarf" zur Verschärfung der Asylbestimmungen legitimierten. Seit Herbst 1992 stehen dafür die Lichterketten; sie säumen nicht nur Ufer, Straßen und Grünanlagen, sondern signalisieren Einverständnis. Denn jetzt, da das leidige „Asylproblem" endlich erledigt wird, fordern die „anständigen Deutschen" in stummem Appell und unter dem Motto „Gegen Haß und Gewalt" die Herrschenden auf, gleichfalls der unmittelbaren Brutalität faschistischer Überfälle Einhalt zu gebieten. Und im Kerzen- und Fackelschein kultischer Handlungen drückt sich der Wille zur Läuterung der Gemeinschaft aus, die unbelastet die kommenden nationalen Aufgaben lösen kann. Zugleich haben CDU/CSU, FDP und SPD, Regierungsparteien und Regierungspartei in der Opposition, im Schatten der Funzeln den angekündigten Asylkompromiß durchgezogen und klargemacht, wie sie das Zeichen deuten: als Zustimmung zur Einführung des Artikel 16a in das Grundgesetz, also zur Beseitigung des Asylrechts als individuellem Recht. Die faktische Abschaffung des Asylrechts bestätigt all jene, die „Deutschland zuerst" im Kopf haben - die Bürokraten, die Hetzer und die Totschläger.

Kündigen wir den nationalistischen Konsens auf!

In der Spannbreite vom Eintreten für ein Einwanderungsgesetz bis zum unmißverständlichen „Grenzen zu" formulieren die im Parlament relevanten Parteien lediglich einen nationalistischen Konsens zur „Lösung des Zuwanderungsproblems". Die Definitionsmacht darüber, ob jemand politisch verfolgt ist oder nicht, in Not ist oder nicht, soll nicht in ihren Händen bleiben. Wir wenden uns gegen jegliche Auslesekriterien, mit denen Menschen, die in diesem Land leben wollen oder müssen, der Aufenthalt verweigert wird. Ohne zeitliche Begrenzung und räumliche Einschränkung, ohne die in Asyl- und Ausländergesetzen festgeschriebenen entwürdigenden Prozeduren soll jede und jeder hier leben können. Gegen die Abschottung Deutschlands ist die außerparlamentarische Opposition die einzig mögliche Form der politischen Intervention. Gegen die faktische Abschaffung des Asylrechts und zur Aufkündigung des nationalistischen Konsenses rufen wir deshalb am Tag der dritten Lesung des Artikels 16a Grundgesetz, dem Tag der Abstimmung, zur Blockade des Bonner Bundestags auf.

Kollektives Vergessen

Als am 21. Januar im Bundestag die 1. Lesung des Artikels 16a über die Bühne ging, konnten die Stoibers, Kloses, Seiters und Leutheusser-Schnarrenbergers siegessicher verkünden, daß im Interesse des Gemeinwohls es jetzt endlich gelänge, die „Einwanderung zu steuern" und den „Rechtsradikalismus zu verhindern". Was Rechtsradikalismus und das Recht auf Asyl miteinander zu tun haben, scheint keiner Erläuterung mehr zu bedürfen.

Tatsächlich besteht ein Zusammenhang, aber eben jener, den die Bonner Kompromißler dabei sind, endgültig abzustreiten. Der Satz „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht" ging ein in das Grundgesetz des von den West-Alliierten durchgesetzten bürgerlichen Rechtsstaates BRD, nachdem das nationalsozialistische Deutschland die europäischen Juden vernichtet, Sinti und Roma, Homosexuelle, Kommunisten und Sozialisten ermordet, als „arbeitsscheu" und „lebensunwert" aussortierte Menschen umgebracht hat. Die einzige Hoffnung aller Verfolgten, dem Tod zu entrinnen, war die Flucht aus Nazi-Deutschland und vor der rassistischen Volksgemeinschaft. Der Artikel 16 hatte die im Rahmen der Bonner Republik mögliche, symbolische Funktion, das Wissen darum aufrecht zu erhalten.

In der Grundgesetzänderung kulminieren die jahrelangen Debatten unter dem Motto „Das Boot ist voll", die im Kontext der Vereinigung schließlich völkische Kategorien ansteuerten. Indem die Kompromißler von CDU/CSU, FDP und SPD politische Forderungen der Rechtsradikalen zum Interesse des Gemeinwohls erklären, wird das historische Bewußtsein, für das der Artikel 16 Absatz 2 Satz 2 stand, endgültig zu zerstören versucht. Das in Bitburg und durch den Historikerstreit in Gang gesetzte kollektive Vergessen erhält normativen Charakter und dient als Eintrittsbillet für das neue Deutschland. Die geplante Verfassungsänderung ist ein weiterer Schritt zur Konstitution einer dritten deutschen Republik, die eine Angleichung der politischen an die ökonomische Machtstellung in Europa anstrebt und sich anschickt, in der imperialistischen Weltordnung eine Führungsrolle zu übernehmen.

Der Nationalismus, der derzeit die politischen Auseinandersetzungen hierzulande dominiert und jede Äußerung, die nicht von tiefer Sorge um das nationale Wohl getragen ist, auszugrenzen und mundtot zu machen sucht, ist seit der Annexion der DDR in eine neue Qualität umgeschlagen. Der zunehmende Verlust von Opposition gegen diesen Nationalismus datiert jedoch aus der gesellschaftlichen Entwicklung der BRD im vergangenen Jahrzehnt. Von der Mobilisierung der „Gemeinschaft aller Demokraten" gegen die StaatsfeindInnen der späten siebziger Jahre, über deutschnationale Argumentationen in der Friedensbewegung Mitte der achtziger, bis hin zur Wiederentdeckung des „nationalen Selbstbestimmungsrechts der Deutschen" spannt sich ein Bogen. Auch große Teile der vormalig linken Opposition gliederten sich in den nationalen Diskurs ein und erhofften den Eintritt in eine zivile Republik. Der Prozeß des Vergessens, der Normalisierung unterstützt auch die Enthemmung des Untertanen und zeigt Kontinuitäten rassistischer Zuschreibungen in Deutschland. Innerhalb der vermeintlichen Zivilgesellschaft wird dies besonders deutlich an der fortwährenden Diskriminierung und erneuten Vertreibung von Sinti und Roma. Die Pogrome seit der Vereinigung fanden nicht trotz der deutschen Geschichte statt, sondern im Bewußtsein der erfolgten Deportation und Vernichtung, im Bewußtsein ihrer Machbarkeit. Deswegen sind die rassistisch Handelnden ernstzunehmen und nicht als bloß irrational Protestierende abzutun. Ob sich Gewalt nämlich gegen Herrschende oder gegen Unterdrückte richtet, deren Diskriminierung gesellschaftlich akzeptiert ist, ist keine Nebensache, sondern der Unterschied ums Ganze.

Der Bundestag beschließt...

Im Unterschied zu der seit Ende der siebziger Jahre betriebenen Aushöhlung des Asylrechts durch Beschleunigungsgesetze (Abschaffung des Widerspruchverfahrens, Einzelentscheider etc.) und Sofortprogramme (Versagung der Arbeitserlaubnis, Sozialhilfe als Sachleistung

etc.) sieht der neue Asylartikel die fast vollständige Abschottung des Staatsgebiets der BRD gegen Flüchtlinge vor. Der bisherige Artikel 16 bot zumindest für Männer - viel eingeschränkter für Frauen - die Möglichkeit, sich für die Zeit des Verfahrens legal in der Bundesrepublik aufzuhalten. Wer dagegen künftig aus einem sogenannten „sicheren Drittland" einreist, und das sind alle Anreinerstaaten der BRD, alle EG-Länder, Polen, Österreich, die Tschechische Republik und die Schweiz, kann sofort abgeschoben werden. Damit gibt es de jure für Flüchtlinge keinen Landweg in die Bundesrepublik mehr. Und auch über den Luftweg, selbst bei Vermeidung einer Zwischenlandung in einem „sicheren Drittland", können Flüchtlinge durch die schwer erfüllbaren Visa-Bedingungen der BRD und deren Kontrolle durch die Fluggesellschaften Deutschland kaum noch legal erreichen. Zusätzlich wird per Gesetz eine absurde Liste sogenannter Nichtverfolgerstaaten erstellt, die den gleichen Zweck hat - sofortige Abschiebung ohne gerichtliche Einzelfallprüfung.

Die faktische Gewalt dieser gesetzlich geregelten Abschottung wird sich also auf den Flughäfen, an den Grenzen und außerhalb vollziehen. Die rechten Technokraten bereiten die entsprechenden Maßnahmen für die Abschiebepraxis vor: Innenminister Seiters plant mobile Infrarot- und Radargeräte zur Überwachung der deutschen Ostgrenze. Nach dem Muster des deutsch-rumänischen Abkommens „über die Rücknahme von deutschen und rumänischen Staatsangehörigen" hat das Innenministerium am 18. Januar 1993 Verhandlungen mit der polnischen Regierung über finanzielle und administrative Hilfe bei der Abschiebung, der Verhinderung erneuter Einreise und dem Rücktransport von AsylbewerberInnen aufgenommen. Verhandlungen mit der Tschechischen Republik sollen folgen. Die geplanten Maßnahmen und Abkommen zielen auf die Errichtung von Pufferstaaten im Osten. Die Sammellager in der Bundesrepublik werden so durch exterritoriale Internierungslager im Interesse der europäischen Hegemonialmacht Deutschland ergänzt.

... „Hessen handelt"

Für Hessen und speziell die Region Rhein/Main kommt dem Flughafen Frankfurt entscheidende Bedeutung zu. Schon im Gefolge der Beschleunigung von Asylverfahren erstellte die rot-grüne Landesregierung unter der Federführung der Fraktionsvorsitzenden Klemm (SPD) und v. Plottnitz (Grüne) den Plan, in direkter Nähe des Flughafens ein Erstaufnahmelager für Flüchtlinge zu errichten. Unter Mitarbeit des Bundesgrenzschutzes soll dort zum 1. April 1993 eine Außenstelle des Bundesamtes für ausländische Flüchtlinge Zirndorf für bis zu 1000 Flüchtlingen entstehen. Entscheider des Zirndorfer Amtes und eine Außenstelle des Verwaltungsgerichtes sollen garantieren, daß über Rhein/Main ankommende Flüchtlinge dort unverzüglich „behandelt" werden können. „Ziel dieses Konzeptes müßte es sein, daß die offensichtlich unbegründeten Bewerber auf dem Gelände des Flughafens verbleiben und in kürzest möglicher Frist über den Flughafen wieder ausreisen" (Bezirksvorstand der SPD Hessen-Süd). Mit der Asylrechtsänderung wird diesem neuen Sammellager die Aufgabe einer zentralen hessischen Abschiebestelle zukommen. Sowohl Menschen, die aus „Nichtverfolgerstaaten" auf dem Flughafen ankommen, als auch diejenigen, die über „Drittländer" einreisen, werden vermutlich hier festgehalten. Darüber hinaus werden im geplanten Flüchtlingsgefängnis die aus anderen hessischen Erstaufnahmelagern (Schwalbach, Gelnhausen, Gießen und Kassel) abgelehnten AsylbewerberInnen bis zur Abschiebung interniert bleiben.

Staatlicher Rassismus

„Deutschland zuerst" ist zum Leitmotiv des Asylkompromisses geworden. Die Kriminalisierung der MigrantInnen, die permanente Rede von „Scheinasylanten", von „illegalen Einwanderern" verbindet sich mit einer Ethnifizierung von Kriminalität („Drogenpolitik", „Sicherheit in der Stadt"), die Flüchtlinge und MigrantInnen, welche in der Bundesrepublik leben, unterschiedslos trifft, um sie auszugrenzen. Die Bedrohungsszenarien stellen die Verhältnisse auf den Kopf: die wirklich Bedrohten, die Verfolgten und Verdammten dieser Erde werden zur „Gefahr für die europäische Kultur" erklärt. Im „besten Fall" beschwören diejenigen, denen die „Würde des Menschen unantastbar" ist, die Nützlichkeit der Wirtschaftssubjekte, der Malocherinnen und Köche, Steuerzahlerinnen und Rentensicherer, und sortieren nach nützlicher Zuwanderung und unnützen Flüchtlingen. Die vorherrschenden und auch unter Linken anzutreffenden ökonomistischen Erklärungsversuche für Rassismus entlasten zumindest indirekt Täter und Täterinnen. Begriffe wie „Fremdenfeindlichkeit" und „Wohlstandschauvinismus" taugen nicht zur Kennzeichnung rassistischer Gewalt. Sie schreiben den Rassismus allein den faschistischen Organisationen und den unterworfenen wie sich unterwerfenden Individuen zu. Sie verdecken die Tatsache, daß die rassistischen Zuschreibungen, wie sie in den Bedrohungsszenarien entworfen sind, bereits die Grundlage wie die Legitimation staatlicher Maßnahmen bilden und europaweit herangezogen werden („Schengener Abkommen", TREVI).

Der gegenwärtige Eurozentrismus verbindet sich mit der neuen imperialistischen Weltordnung, die nicht mehr auf die Industrialisierung und die Erweiterung der Märkte in der sogenannten Dritten Welt gestützt ist, sondern auf die abgekoppelte Abhängigkeit von den Metropolen zielt. Militärischen UN-Polizeiaktionen dort entspricht die Abschottung der Europäischen Gemeinschaft gegenüber den Flüchtlingen mittels europäisch koordinierter Polizei- und Grenzschutzmaßnahmen hier. Der Neorassismus, der die „Differenz der Kulturen", ihre unüberwindliche Abgrenzung und Unvereinbarkeit behauptet, fügt sich so in die politische und ökonomische Abkopplung der Armuts- und Hungerzonen der Welt von den kapitalistischen Zentren ein.

„Deutschland zuerst" ist die völkische Formel des deutschen Hegemonieanspruches in Europa. Die bevorstehende Aufnahme des neuen Deutschland in den Sicherheitsrat der UNO wird diesen Hegemonieanspruch forcieren. Unter diesen Bedingungen kann Deutschland im Zuge der „Harmonisierung des europäischen Asylrechts" und der angestrebten „europäischen Staatsbürgerschaft" für die EG-Mitgliedsstaaten zum Modell werden. Es besteht die Gefahr, daß - angetrieben durch Eurozentrismus und Neorassismus - das bürgerlich-demokratische Territorialprinzip (ius soli), nach dem die Staatsangehörigkeit vom Geburtsort der Einzelnen abhängig ist, unterlaufen oder gar abgeschafft wird. An dessen Stelle träte dann das in Deutschland seit 1913 geltende Abstammungsprinzip (ius sanguinis), das die Verwandtschaftsbeziehungen zur Grundlage der Staatsangehörigkeit macht und ZuwandererInnen auch in der zweiten und dritten Generation erst einmal ausschließt. Die „Neue Rechte" in Europa hat dies längst zu ihrer zentralen Forderung gemacht. Und wie das Haidersche Volksbegehren in Österreich verdeutlicht, entspricht der völkischen Abschottung nach Außen die Ethnifizierung im Inneren, bis hin zur Forderung nach Ausländerquotierung in der Schule, um die „rassische Gemeinschaft" der StaatsbürgerInnen zu zementieren. Damit nicht wie beim Asylrecht die Forderungen der Rechtsradikalen später zum Gemeinwohl erklärt werden, müssen wir diesen politischen Prozeß stoppen. Angesichts tagtäglicher rassistischer und antisemitischer Angriffe in Wort und Handlung, angesichts der Verbreitung rassistischen und faschistischen Denkens - gerade hier in Deutschland - liegen unsere unmittelbaren Handlungsmöglichkeiten darin, den Verfolgern da zu begegnen, wo sie auftreten, den Preis für rassistisches Handeln möglichst hoch zu treiben und die Zustimmung zum neuen Asylgesetz so schwer wie möglich zu machen.

Für den Tag der dritten Lesung des Artikels 16a ist die Blockade des Bundestags die Aktion, die den völkisch-nationalen Konsens von Regierenden und Regierten aufbricht. Die Demonstration gilt der Solidarität mit den Verfolgten und auch der Aufkündigung der rassistischen Gemeinschaft mit den Verfolgern - den Faschisten, den Claqueuren und den Technokraten.

Unsere Absicht ist, die Hauptzufahrtswege zum Bundestag so wirksam wie möglich zu blockieren. Da die Polizei am Tag der Abstimmung das Bonner Regierungsviertel voraussichtlich weiträumig abriegelt, werden die Blockadepunkte außerhalb der Bannmeile liegen; als gemeinsamer Sammelpunkt wird ein Kundgebungsort nahe der Bannmeile angemeldet.

Bisher ist nicht bekannt, wann genau der „Tag X" sein wird. Ordentliche Sitzungen des Bundestages finden in der Regel während der ersten beiden Wochen des Monats statt. Da geplante Begleitgesetze (Abschiebeabkommen mit Polen usw.) noch ausstehen, wird der Abstimmungstermin vermutlich nicht mehr in den Februar fallen. Wahrscheinlich vier Tage vor der Abstimmung wird der Termin bekannt sein. Innerhalb dieses Zeitraumes werden für die Region Rhein/Main Busse gechartert und ein Konvoi zusammengestellt, gleichzeitig ist beabsichtigt, Bonn mit dem Schiff anzusteuern. Treffpunkt für den Konvoi ist am „Tag X" um 2 Uhr morgens der Campus der Frankfurter Uni. Das dortige Café KOZ ist am Abend vorher bis zur Abfahrt um 3 Uhr geöffnet. Karten für Bus und Schiff sind im KOZ und im Uni-Buchladen (StudentInnenhaus der Frankfurter Uni) für voraussichtlich 30 Mark erhältlich. Über den aktuellen Stand der Blockadevorbereitungen etc. informiert das antirassistische/antifaschistische Infotelefon (069/703337). Zudem wird es drei Tage vor „Tag X" an der Uni Frankfurt eine Informationsveranstaltung über den aktuellen Stand der Vorbereitungen geben.

Antirassistisches Plenum im Zentrum Hinter der Schönen Aussicht, AStA der FH Frankfurt, autonome L.U.P.U.S.-Gruppe Rhein/Main, Flüchtlingssolidaritätskomitee Frankfurt/Schwalbach, Frauenplenum der Uni Frankfurt, GIS - autonomes AusländerInnen-Referat Uni Frankfurt, sinistra! Radikale Linke, Wohlfahrtsausschuß Frankfurt.

Das Schiller-Institut

Mit den folgenden Informationen wollen wir etwas Klarheit in die wirren, aber auch falschen Informationen über das Schiller Institut und Helga Zepp-La Rouche bringen.

Zepp-LaRouche, Helga

geb.1948 in Trier Journalistin verheiratet mit amerikanischem Millionär Lyndon H.La Rouche

03.10.76 Bundestagskandidatin der EAP auf der Landesliste NRW (Arbeitsbuch Politik 1976 August Bagel Verlag) 1984 auf ihre Initiative hin wird das "Schiller Institut" gegründet (BNR 22/92) 15.10.85 unterzeichnet einen Aufruf der Bürgergruppe Patrioten für Deutschland, erschienen im Anzeigenteil der Braunschweiger zeitung (AN 19/85) End.1985 Grd. mit Milton Croom "Patrioten für Deutschland" (DRR 4/90) und (AN 26/86) Jun.89 auf Platz 1 der "Patrioten" Liste zur Europa-Wahl (Stimmzettel) 02.12.90 kandidiert für die Patrioten auf der Landesliste NRW zur Bundestagswahl (Stimmzettel) 08.07.92 Bundesvorsitz der "Patrioten für Deutschland" (Unterlagen des Bundeswahllleiter) 21./22.11.92 wird bei internationaler Konferenz zur Vorsitzenden der "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" gewählt, in die die Patrioten aufgehen (BNR 1/93)

Schiller-Institut

Allgemeines:

- Eine der Organisationen der EAP bzw. Patrioten für Deutschland in der BRD. (Braune Netz, S.23)

- Anschrift: 3000 Hannover, Hinrichsring 1 (auch Blumenstr. 3); Gründungsprinzipien des Schiller-Instituts: "Das Schillerinstitut hat die Aufgabe, den vielfältigen Tendenzen zur Abkopplung West-Europas von den USA ein positives Konzept für die Erhaltung und die Erneuerung der westlichen Allianz entgegenzusetzen". Hierzu wurde je eine Abteilung für militärstrategische, ökonomische und technisch-wissenschaftl. Zusammenarbeit sowie zum Studium der gemeinsamen historischen und kulturellen Grundlagen Europas und Amerikas geschaffen. Hauptaktivitäten: Aufklärung über und Bekämpfung des "sowjet. Imperialismus", der AIDS-Kranken, des Drogenhandels und der Grünen, Warnung vor einem finanziellen Zusammenbruch und dem Untergang der westl. Welt etc. .... (AN, 12.12.87, S.3)

- Das "Schiller-Institut" ist Bestandteil der internationalen Organisation von Lyndon LaRouche. Zur LaRouche Connection gehören die EAP, die "Patrioten für Deutschland", das "Komitee Americans against the War" und zahlreiche andere Tarnorganisationen. Es bestehen Anhaltspunkte für Verbindungen sowohl zur CIA als auch zum bundesdeutschen BND.

Am 27.1.89 wurde Lyndon LaRouche wegen diverser Finanz- und Steuerdelikte zu 15 Jahren Haft verurteilt. Seitdem führt seine Organisation weltweit eine Kampagne gegen die Regierung Bush mit teilweise links klingenden Parolen.

Die Ideologie beruht auf einem nur notdürftig getarnten Antisemitismus: In Publikationen wie der "Neuen Solidarität" wird ständig von einer Verschwörung des "Angloamerikanischen Establishment" bzw. "von der "ewig britischen Politik" gefaselt. Als Beispiele für dieses "Establishment" werden Henry Kissinger, Bertrand Russel und Leo Szilard genannt. Auch wenn der Begriff "Jude" nicht explizit auftritt - der Bezug zum "ewigen Juden" ist mehr als deutlich und gewollt.

Die LaRouche Anhänger sahen früher überall den langen Arm Moskaus am Werk (der Kommunsismus ist natürlich auch nur ein Werk des angloamerikanischen Establishments) und forderten "Frieden schaffen durch Strahlenwaffen". Heute behaupten sie, daß der Golfkrieg von den USA nur deshalb inszeniert wurde, "um die wirtschaftliche Macht des wiedervereinigten Deutschland zu brechen".

In letzter Zeit traten sie in München vor der Uni-Mensa und an der TU in Garching mit Infoständen und Flugblättern auf. Die Zeitschriften und Diskussionsangebote waren teilweise speziell auf Naturwissenschaft- ler zugeschnitten. So wurden Vorträge "Chaostheorie - Wissenschaft oder New Age?" (von Dino di Paoli) und "Kalte Fusion - brennt die Sonne im Kristall?" (von J. Tennenbaum) angeboten. In der Zeitschrift "Fusion" konnten auch einige wohl teilweise ahnungslose Wissenschaftler für Beiträge gewonnen werden.

In München gibt es seit einigen Jahren Aktivitäten, meist im Rahmen der "Patrioten für Deutschland". In letzter Zeit ist jedoch eine deutliche Steigerung feststellbar (Plakat- und Flugblattaktionen in der Innenstadt). (AN 28.2.92, S.6)

Bei den Veranstaltungen des Kroatischen Nationalrates (HNV), beispielsweise anläßlich des Gründungstages des "Unabhängigen Staates Kroatien" vom 10.4.1941, nehmen auch VertreterInnen des Schillerinstitutes teil. Dessen Solidaritätsaufruf unter dem Titel "Tut endlich was für Kroatien" wurde auch vom ehemaligen Leiter des MAD der Bundeswehr unterzeichnet. (bnr 12.10.92, S.3)

Chronologie: - Das Schiller-Institut wurde 1984 gegründet. (ASTA Antifa-Info 1/88) - Mit zwei Ständen versuchte das Schiller-Institut in Elmshorn bzw. Pinneberg ihre reaktionäre Propaganda unters Volk zu bringen. Dabei kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Passanten und den Faschos. (AN 8.8.87, S.1) - 5.12.85: Anläßlich einer Großveranstaltung der CSU in Würzburg verteilten Vertreter des Schiller-Instituts die Zeitungen "Neue Solidarität" und "Fusion". Die "Neue Solidarität" erscheint in Wiesbaden, Adelheidstr. 15, und wird von der Mannheimer Morgen Großdruckerei gedruckt. Sie sammelten gleichzeitig Unterschriften für einen Aufruf der "Bürgergruppe Patrioten für Deutschland". Unterzeichner des Aufrufs ist u.a. Frhr. von der Heydte. (AN 14.12.85,S.12) - Dez. 90: Das "Schiller-Institut" hat im Dezember '90 in Hannover zu einer "Antikriegsdemo" zum Golfkonflikt aufgrufen. Zur 'Demo' kamen nur 7 eigene Leute. Das "Schiller-Institut" hatte unerkannt Flugblätter in der Mensa der Uni Hannover verteilt, die zu der Demo aufriefen. Vom 20. bis zum 22. Dezember führte das "Schiller-Institut" auch in München, Bonn und Frankfurt "Antikriegsdemos" durch. (AN 4.1.91, S.2) - An den Aktionen gegen den Golfkrieg hat sich in Regensburg auch das Schiller Institut beteiligt mit Infostand und Unterschriftenliste: "Verhindert den 3. Weltkrieg, Stoppt Bushs und Gorbatschows neue Weltordnung, Freiheit für LaRouche." (AN 15.2.91,S.7)

Falls jemand das monatliche Treffen vom Schiller Institut live erleben möchte, so kann er/sie das am <u>Samstag, den 13.3. um 11.00 Uhr</u> tun. Veranstaltungsort ist (wie schon des Öfteren in der Vergangenheit) die Parochial-Gemeinde in Ost-Berlin, <u>Waisenstr.28</u>, U-Klosterstraße.

Quellen: BNR = Blick nach rechts Sozialdemokratischer Pressedienst AN = Antifaschistische Nachrichten DR = Der Rechte Rand

Fascho-Skin-Konzert am Freitag, dem 29. Januar 1993 in Leipzig-Grosszschocher:

Nachdem bereits vor ca. 2 Monaten in der Naehe von Leipzig (genau in Wieder... ca. 20 km von Leipzig entfernt, bei Zwenkau) Faschoskins ein Konzert abhielten, auf dem u.a. die 'Band' "Kroizfoier" und der Saenger von "Tonstoerung" - nachdem der Rest der 'Band' und ihr Anhang von der Bullerei bei Mannheim abgefangen wurde und so nicht zum Veranstaltungsort gelangen konnte - auftra- ten, fand am Freitag, den 29.1., also einen Tag vor dem Jahrestag des faschistischen Machtantritts '33, ein Fascho-Konzert in Leipzig- Grosszschocher statt.

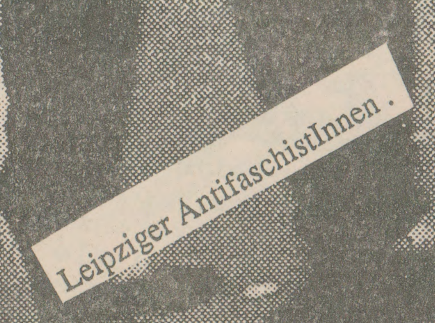
Seit dem fruehen Abend des besagten Freitag war ein unregelmaessiges Eintreffen von auswaertigen Fascho-Skins - vornehmlich des Ostens - zu verzeichnen. Speziell belegt werden kann die Anwesenheit von Zwickauer, Magdeburger, Hallenser, Leipziger und Erfurter Fascho-Skins. Sie wurden in Grueppchen, meist in Fahrzeugen, in der Leipziger Innenstadt und Leipzig-Conne- witz vereinzelt gesichtet.

Ab ca. 19 Uhr setzte dann an der Kneipe der Gartensparte "Vergissmeinnicht" in L.-G. ein re- gelmaessiges Eintreffen von Fascho-Skins ein. Die "Soko-Rex" (Sachsens "Extremisten"-Soko) war seit ca. 3 Wochen informiert. Demzufolge war auch eine erhabliche Bullen/BSG-Praesenz zu verzeichnen. Sie hielten sich waehrend des gesamten Konzerts in einem Abstand von 500 m Entfernung von der Kneipe auf und beschraenkten sich auf das sporadische Stoppen einzelner Fahrzeuge, zum einen, um Faschos zu kontrollieren, zum anderen, um "Stoerer" des autonomen Spektrums abzufangen.

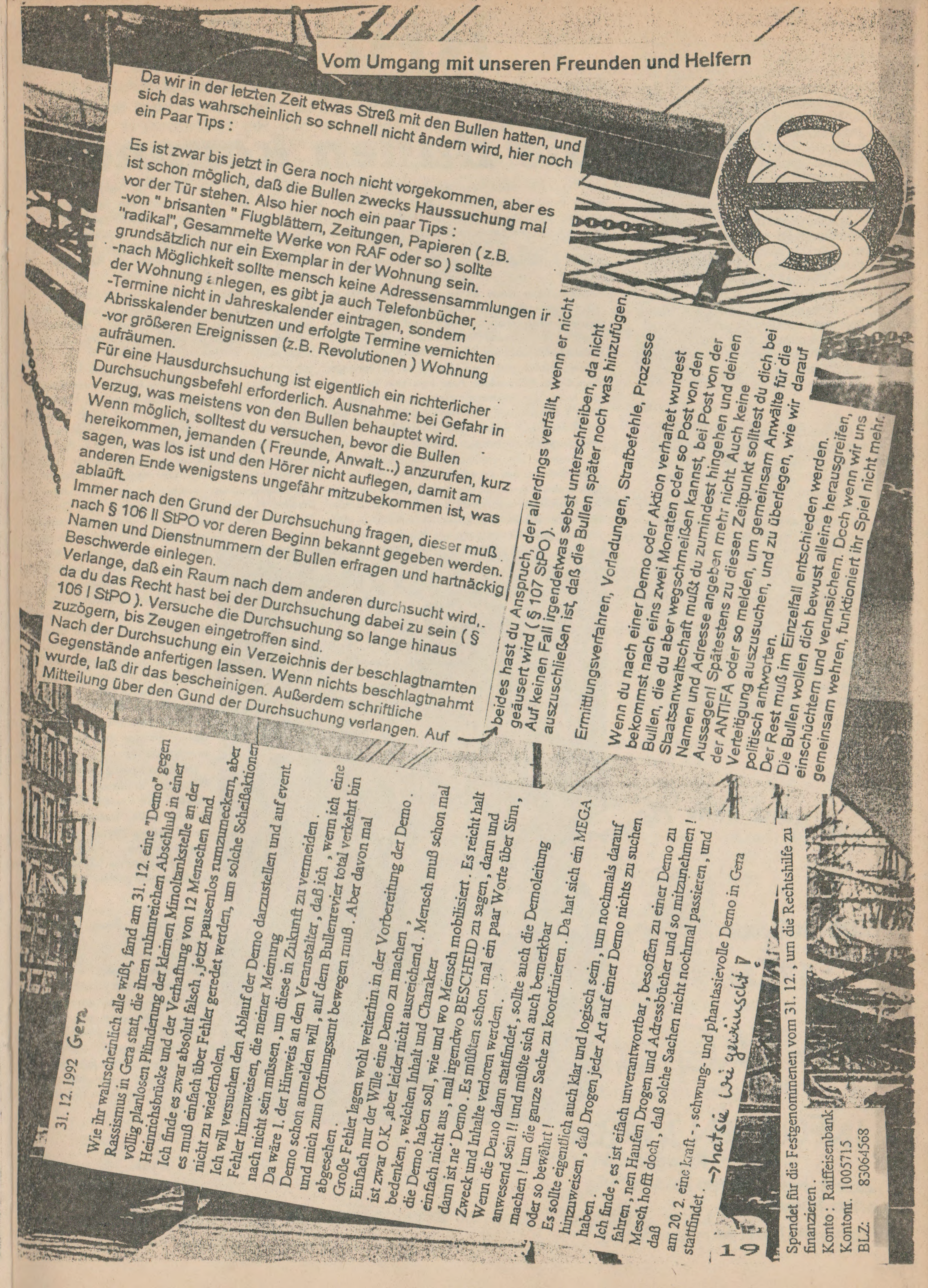
Wie angekuendigt, begann das Konzert kurz nach 21 Uhr. Insgesamt waren ca. 100 Faschos anwe- send. Trotz geschickt gestreuter Geruechte ueber das Auftreten von "Radikahl" - sie spielten nicht - blieb die Resonanz hinter den Erwartungen der OrganisatorInnen zurueck.

Die OrganisatorInnen der Veranstaltung waren die Maenner und 2 Frauen um die selbst aufgetretene Leipziger Fascho-Band "Oister Propper", die dort ihren ersten "offiziellen" Auftritt hatte. Als einer der Schluesselfiguren kann der Leipziger Fascho-Skin Joschko (Familienname) benannt werden. Er selbst ist Mitglied der FAP und traegt auch offen das "Gau-Dreieck" auf der B-Jacke. Die Bekanntgabe des Konzerts muss ueber Fanzines der Faschos erfolgt sein, und zwar so schwammig, dass selbst im Ruhrgebiet das Geruecht ueber einen Auftritt von "Skrewdriver" die Runde machen konnte.

Ausserdem spielte nur die 'Band' "Kroizfoier". Die weiterhin angekuendigten "Triebtaeter" spielten nicht. Die Gartenkneipe "Vergissmeinnicht" in der Diskaustr. ist bisher nicht als staendiger Fascho-Treff bekannt und wird nach einer ersten Einschaetzung als solcher auch in der Perspektive nicht von den Faschos in Betracht gezogen. Die Geheimhaltung des Ortes lief nach altbewaehrtem Muster, so dass erst kurz vor Beginn der eigentliche Ort in Erfahrung gebracht werden konnte.



Leipziger AntifaschistInnen.



Vom Umgang mit unseren Freunden und Helfern

Da wir in der letzten Zeit etwas Streß mit den Bullen hatten, und sich das wahrscheinlich so schnell nicht ändern wird, hier noch ein Paar Tips :

Es ist zwar bis jetzt in Gera noch nicht vorgekommen, aber es ist schon möglich, daß die Bullen zwecks Haussuchung mal vor der Tür stehen. Also hier noch ein paar Tips :

-von " brisanten " Flugblättern, Zeitungen, Papieren (z.B. "radikal", Gesammelte Werke von RAF oder so) sollte grundsätzlich nur ein Exemplar in der Wohnung sein.

-nach Möglichkeit sollte mensch keine Adressensammlungen ir der Wohnung anlegen, es gibt ja auch Telefonbücher,

-Termine nicht in Jahreskalender eintragen, sondem Abrisskalender benutzen und erfolgte Termine vernichten

-vor größeren Ereignissen (z.B. Revolutionen) Wohnung aufräumen.

Für eine Hausdurchsuchung ist eigentlich ein richterlicher Durchsuchungsbefehl erforderlich. Ausnahme: bei Gefahr in Verzug, was meistens von den Bullen behauptet wird.

Wenn möglich, solltest du versuchen, bevor die Bullen hereinkommen, jemanden (Freunde, Anwalt...) anzurufen, kurz sagen, was los ist und den Hörer nicht auflegen, damit am anderen Ende wenigstens ungefähr mitzubekommen ist, was abläuft.

Immer nach den Grund der Durchsuchung fragen, dieser muß nach § 106 II StPO vor deren Beginn bekannt gegeben werden. Namen und Dienstnummern der Bullen erfragen und hartnäckig Beschwerde einlegen.

Verlange, daß ein Raum nach dem anderen durchsucht wird, da du das Recht hast bei der Durchsuchung dabei zu sein (§ 106 I StPO). Versuche die Durchsuchung so lange hinaus zuzögern, bis Zeugen eingetroffen sind.

Nach der Durchsuchung ein Verzeichnis der beschlagtnamten Gegenstände anfertigen lassen. Wenn nichts beschlagtnahmt wurde, laß dir das bescheinigen. Außerdem schriftliche Mitteilung über den Gund der Durchsuchung verlangen. Auf beides hast du Anspruch, der allerdings verfällt, wenn er nicht geäusert wird (§ 107 StPO).

Auf keinen Fall irgendetwas sebst unterschreiben, da nicht auszuschließen ist, daß die Bullen später noch was hinzufügen.

Ermittlungsverfahren, Vorladungen, Strafbefehle, Prozesse

Wenn du nach einer Demo oder Aktion verhaftet wurdest bekommst nach eins zwei Monaten oder so Post von den Bullen, die du aber wegschmeißen kannst, bei Post von der Staatsanwaltschaft mußt du zumindest hingehen und deinen Namen und Adresse angeben mehr nicht. Auch keine Aussagen! Spätestens zu diesen Zeitpunkt solltest du dich bei der ANTIFA oder so melden, um gemeinsam Anwälte für die Verteitigung auszusuchen, und zu überlegen, wie wir darauf politisch antworten.

Der Rest muß im Einzelfall entschieden werden.

Die Bullen wollen dich bewust alleine herausgreifen, einschüchtern und verunsichern. Doch wenn wir uns gemeinsam wehren, funktioniert ihr Spiel nicht mehr.

31. 12. 1992 Gera

Wie ihr wahrscheinlich alle wißt, fand am 31. 12. eine "Demo" gegen Rassismus in Gera statt, die ihren ruhmreichen Abschluß in einer völlig planlosen Plünderung der kleinen Minoltankstelle an der Heinrichsbrücke und der Verhaftung von 12 Menschen fand.

Ich finde es zwar absolut falsch , jetzt pausenlos rumzumeckern, aber es muß einfach über Fehler geredet werden, um solche Scheißaktionen nicht zu wiederholen.

Ich will versuchen den Ablauf der Demo darzustellen und auf event. Fehler hinzuweisen, die meiner Meinung nach nicht sein müssen , um diese in Zukunft zu vermeiden .

Da wäre 1. der Hinweis an den Veranstalter , daß ich , wenn ich eine Demo schon anmelden will , auf dem Bullenrevier total verkehrt bin und mich zum Ordnungsamt bewegen muß . Aber davon mal abgesehen .

Große Fehler lagen wohl weiterhin in der Vorbereitung der Demo . Einfach nur der Wille eine Demo zu machen , ist zwar O.K. ,aber leider nicht ausreichend . Mensch muß schon mal bedenken , welchen Inhalt und Charakter die Demo haben soll , wie und wo Mensch mobilisiert . Es reicht halt einfach nicht aus , mal irgendwo BESCHEID zu sagen , dann und dann ist ne´ Demo . Es müßten schon mal ein paar Worte über Sinn , Zweck und Inhalte verloren werden .

Wenn die Demo dann stattfindet , sollte auch die Demoleitung anwesend sein !! und müßte sich auch bemerkbar machen ! um die ganze Sache zu koordinieren . Da hat sich ein MEGA oder so bewährt !

Es sollte eigentlich auch klar und logisch sein , um nochmals darauf hinzuweisen , daß Drogen jeder Art auf einer Demo nichts zu suchen haben .

Ich finde , es ist eifach unverantwortbar , besoffen zu einer Demo zu fahren , nen Haufen Drogen und Adressbücher und so mitzunehmen !

Mesch hofft doch , daß solche Sachen nicht nochmal passieren , und daß am 20. 2. eine kraft - , schwung- und phantasievolle Demo in Gera stattfindet .

→hatsie wie gewünscht ?

Spendet für die Festgenommenen vom 31. 12. , um die Rechtshilfe zu finanzieren .

Konto : Raiffeisenbank
Kontonr. 1005715
BLZ: 83064568

NZ, 5.2.93

Eine Hausbesetzung in Rostock ist am Donnerstag morgen durch die Polizei beendet worden. Polizeikräfte hatten gegen 4.00 Uhr das in Bahnhofsnähe gelegene Gebäude geräumt. Zwei der jugendlichen Besetzer wurden vorläufig festgenommen. Den Angaben zufolge hätten die Hausbesetzer den Polizeifunk abhören können und seien so möglicherweise frühzeitig über die Räumungsaktion informiert gewesen. Die Hausbesetzergruppe hatte sich den Namen „VEB Neue Hoffnung für die Zerschlagenen" gegeben. Im Vorfeld der Räumung hatte es Verhandlungen zwischen den Besetzern und Vertretern des Bundesvermögensamtes gegeben, unter dessen Rechtsträgerschaft das Haus steht. Diese waren jedoch ergebnislos verlaufen.

Geräumt hat die Polizei auch ein von Jugendlichen besetztes Haus in Parchim. Nach Angaben der Polizei wurden die zehn Jugendlichen vorübergehend festgenommen. Zwischenfälle gab es nicht. Die Jugendlichen hatten das Gebäude, einen Wohntrakt des früheren Hauses der Jugend, seit Sonntag besetzt gehalten. Das Haus war bis Sommer vergangenen Jahres von Ensemblemitgliedern des Mecklenburgischen Landestheaters bewohnt worden, wie die Besetzer sagten. Damals sei den Theaterleuten mit der Begründung gekündigt worden, das Haus solle umgebaut werden. Seither habe sich an dem Gebäude allerdings nichts getan.



Frühmorgens, noch vor 6 Uhr, pochen sie an die Tür, und ehe du richtig wach bist, haben sie sie eingetreten und stürmen bewaffnet ins Haus.

Die Bullen kommen

Am Tag zuvor hatte ich mich noch gewundert, warum die Stadt denn plötzlich 2 Sperrmüllcontainer vor's Haus stellt. Die BesetzerInnen der Thüringer 27 arbeiten bis in die Abendstunden, um Müllberge zu verladen. Abends 21 Uhr wird das Zeug noch abgeholt. Irgendwer hatte auch Zivis in der Straße gesichtet. Der 16. Dezember hat noch keinen Sonnenstrahl gesehen, da scheint sich das ungute Gefühl zu bestätigen: Sollte nur der Weg für die Bullen freigemacht werden? Kurz vor 6 schlagen sie die Tür ein, im Haus etwas Aufregung, aber kein Widerstand. So 10 der grünen Ritter mit Helm und Schild stürmen herein. Ist das die Räumung? Alle im Haus Angetroffenen werden festgenommen, paar Leute kommen gerade und werden auf der Straße abgegriffen. Sie vermuten Flucht über die Dächer und durchkämmen auch mal eben die Nachbarhöfe und -häuser. Danach geht's auf's Revier zur erkennungsdienstlichen Mißhandlung. Aber irgendwas ist faul an der Sache. Zur Räumung reisen sie doch nicht mit (nur) 2 Sixpacks und 2 Streifenwagen an? Dafür sind mindestens noch 5 Zivilwagen anwesend und die Lederjackentypen machen sich über das nun leere Haus her. Gegen 7 Uhr werden die Gitter von den Fenstern entfernt, und sie schmeißen, alles was sie an Holz finden können, auf den Hof. Dazu werden auch mal Hochbetten abgetragen. Eine Viertelstunde später beladen sie damit einen W 50 und packen auch noch ein paar Kleinigkeiten, wie Feuerlöscher dazu.

(Die Sache mit den Feuerlöschern ist ein immer wieder beliebter Gag. Die kriegt nämlich ein Sprengstoffexperte vorgehalten, und manchmal behaupten sie sogar, es sei was drinne, wie neulich mal in MD.)

Nach 8 ist nun wirklich alles zur Genüge durchwühlt und begutachtet. Wahrscheinlich haben die Herren auch nicht mehr die rechte Lust und ziehen ohne sensationelle Funde ab. Ein Streifenwagen bleibt noch etwas, doch irgendwann steht das Haus nur noch aufgebrochen, durchwühlt und leer in der Gegend rum. Die NachbarInnen trauen sich wieder auf die Straße und diskutieren, was denn nun mit den einfach dagelassenen Hunden und Katzen werden solle. Doch nach ein-zwei Stunden sind die Festgenommenen wieder draußen. So langsam wird klar, daß es keine Räumung werden sollte. Aus der Strafanzeige einer benachbarten Baustelle wegen angeblich geklauten Baumaterials bastelten sie einen Durchsuchungsbefehl, der offenbar dazu berechtigt, Türen einzutreten, Menschen mitzunehmen, und besondere Tierfreunde sind sie wohl gerad auch nicht. Wieder versuchen sie ein Projekt zu kriminalisieren, mit irgendwelchen Vorwänden ihre Karteien zu vervollständigen.

"In Erwägung, daß da Häuser stehen, während ihr uns ohne Bleibe laßt, haben wir beschloßen jetzt dort einzuziehen, weil es uns in unseren Löchern nicht mehr paßt." (Brecht)

BQ.

Anm. d. Red.: Ein Stichtag für die Räumung ist der 31.1., auf diesen Tag sollten auf alle Fälle auch einige Aktionen festgelegt werden. Vielleicht finden sich da ein paar Leute zusammen, damit der zu erwartende Protest gegen eine Räumung nicht in sinnlose gewaltsame Auseinandersetzungen mündet. Derzeit bemüht sich das Jugendamt nach Auffassung einiger BesetzerInnen redlich, ein Ausweichobjekt zu finden.



Besetzte Etage in der Kollwitzstraße 64 von Räumung bedroht!

Mitte November 92 haben wir aufgrund einer Räumungs- und Schadensersatzklage der WIP (Wohnungsbaugesellschaft im Prenzlauer Berg) eine Ladung zum Amtsgericht Mitte erhalten. (Gesamt-Streitwert: rund 140.000 DM). Die WIP argumentiert mit der unwahren Behauptung, daß es sich bei den von uns bewohnten Räumen um Gewerberäume handele, sowie mit daraus resultierendem, angeblichem Mietausfall von über 90.000 DM, der in keinem Verhältnis selbst zu den tatsächlich gezahlten Gewerbemieten in unserem Haus steht.

Nachdem eine gewisse "Fachschule für Außenhandel" einige Zeit die erste und zweite (unsere) Etage des Vorderhauses genutzt hatte, übergab diese zunächst die erste Etage an das MfS, das noch Räumlichkeiten zum Telefon-Abhören benötigte. 1985 übernahm dann eine Tarnfirma der Stasi auch unsere Etage.

Nachdem nach monatelangem Leerstand das Mietverhältnis offiziell zum 28.9.1990 beendet worden war, haben wir am 1.10.90 die Wohnung besetzt, um weiterer Zweckentfremdung entgegenzuwirken und erweiterten so das bereits existierende Hausprojekt Kollwitzstraße 64 (re. u. li. SF).

Für uns, 4 Männer und 4 Frauen, bietet das Wohnen in unserer Etage und dem Haus die Möglichkeit, unsere Vorstellungen vom Zusammenleben zu verwirklichen, ist es doch heutzutage nahezu unmöglich, für größere Wohngemeinschaften (bezahlbare) Räumlichkeiten zu finden.

Seit wir als sog. Frühbesetzung galten, fanden diverse (direkte) Verhandlungen mit der WIP statt, mit dem Ziel, den Abschluß eines Mietvertrages zu erreichen. Ebenso wurde dieses Thema regelmäßig auf den Sitzungen des Runden Tisches/ Arbeitskreises Instandbesetzung Prenzlauer Berg besprochen, mit dem Ergebnis, daß von Seiten der WIP eine grundsätzliche Bereitschaft erklärt wurde, mit uns Mietverträge abzuschließen, sobald die "Gewerbefrage" vom Tisch wäre.

Neben dem Hauptthinderungsgrund, der geplanten Gewerbevermietung, berief sich die WIP zeitweise auch auf die angebliche Unmöglichkeit - aufgrund der unklaren Eigentumsfrage -, überhaupt Verträge abzuschließen. Nicht sehr lange, denn sie sah sich sehr wohl in der Lage, dieses mit anderen Wohnungen im Vorderhaus und im linken SF zu tun.

Bis zum 26.3.92 wurden wir von der WIP ausdrücklich geduldet, jedoch plötzlich ultimativ zur Räumung aufgefordert. Trotz unseres Widerspruches mit nochmaliger Forderung nach Abschluß eines Mietvertrages wurden von der WIP die Klage nach sofortiger Räumung und Schadensersatz gegen uns erhoben.

Ihr aktueller Räumungsgrund, die geplante gewerbliche Nutzung der zweiten Etage, widerspricht geltendem Recht. Auch vom Bezirksamt Prenzlauer Berg ist diesem Vorhaben bereits zweimal gegenüber der WIP widersprochen worden.

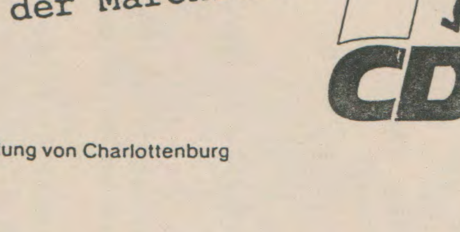
Denn der springende Punkt bzgl. unserer Etage ist, daß niemals eine Ausgliederung aus dem Wohnungsbestand per Ratsbeschluß erfolgt ist. Eine zeitweise zweckfremde Nutzung von Wohnräumen vor dem 3.10.90 hat nur solange Bestandskraft, wie der benannte Nutzer einen gültigen Mietvertrag hat. Da der betreffende Gewerbemieter das Mietverhältnis im Sept. 1990 beendet hat, handelt es sich aus rechtlicher Sicht um Wohnraum. Eine erneute Gewerbevermietung wäre deshalb illegal.

Daher fordern wir die Rücknahme der Räumungs- und Schadensersatzklage und die am Runden Tisch (Arbeitskreis Instandbesetzung) von der WIP zugesicherten Mietverträge!
Die WIP versucht, durch bewußte Zweckentfremdungen Wohnraum zu vernichten, um über höhere Gewerbemieten die Kassen der neuen HausbesitzerInnen zu füllen!

Am 16. März 1993, 11 Uhr, wird das Spekulantenspektakel vor dem Amtsgericht Mitte, Littenstr. 12 - 17, Saal 151, fortgesetzt.

KEINE RÄUMUNG IN DER KOLLWITZSTRASSE 64! WIR BLEIBEN ALLE!

Unhaltbare Zustände auf dem Gelände an der Marchstraße



CDU-Fraktion
der Bezirksverordnetenversammlung von Charlottenburg
Postfach 100167, 1000 Berlin 10

Die CDU Charlottenburg informiert:
Unhaltbare Zustände auf dem Gelände Marchstr./Einsteinufer!

Liebe Charlottenburgerin, lieber Charlottenburger,
wie Sie vielleicht wissen, befinden sich in Ihrer Nachbarschaft die letzten besetzten Häuser im ehemaligen Westberlin und die einzige Charlottenburger Wagenburg. Im Februar jährt sich das Datum der Besetzung zum vierten Mal. In diesen Jahren haben die 60 Bewohnerinnen und Bewohner Häuser und Gelände in privater Initiative bewohnbar gemacht, ohne einen Pfennig öffentliche Unterstützung zu erhalten.

Trotzdem
- müssen sie noch immer inmitten der Leerstandsbedingten Altlast hausen. Auf dem Gelände türmen sich Berge von Bauschutt und Altmöbeln, weil das Bezirksamt trotz mehrfacher Beschwerde von Betroffenen und Anfragen der CDU Charlottenburg mit fadenscheinigen Gründen die Bereitstellung von Schuttcontainern verweigert,
- verfällt das Hinterhaus Marchstraße zusehends, weil Baustadtrat Dykhoff (SPD) die Auszahlung der vom Senat schon 1989 (!) bewilligten Winterfestmachungsgelder blockiert,
- müssen Bewohnerinnen und Bewohner des Einsteinufers 41 und der Wagenburg and der Guerickestraße seit 4 Jahren mitten in Berlin ohne Wasseranschluß auskommen! Obwohl dieser Umstand allgemein bekannt ist, unternimmt die Ampelkoalition im Rathaus Charlottenburg nichts.

Jetzt ist Schluß! Tun wir gemeinsam etwas gegen diese unhaltbaren Zustände!
Anläßlich des vierjährigen Jubiläums des Projekts muß ein Zeichen gesetzt werden. Die CDU Charlottenburg hat am 11. 1. 1993 damit begonnen. In einem Ersuchen ("Weg mit dem Müll") wird das Bezirksamt aufgefordert, endlich Nägel mit Köpfen zu machen. Unterstützen Sie uns! Schreiben sie an Baustadtrat Dykhoff (SPD), Rathaus Charlottenburg, Otto Suhr Allee 100, 1000 Berlin 10.

Fordern Sie:
- Bereitstellung von Schuttcontainern
- Einen Wasseranschluß für das Einsteinufer 41
- Bauwasseranschluss und sanitäre Einrichtungen für die Wagenburg an der Guerickestraße.
- Sofortige Bestandssicherung bzw Instandsetzung der Häuser.

Der Baustadtrat muß endlich handeln und die hart erkämpften Beschlüsse der BVV zur Realisierung des Wohnprojektes umsetzen. Ihre CDU Charlottenburg wird ihm dabei genau auf die Finger sehen.
Berlin Charlottenburg, den 29. Januar 1993

Fraktion der CDU

Gröhler BVV
Pätz BVV
Statzkowski BVV
Leinzgen BVV

MARCHSTRASSE
EINSTEINUFER
RÄUMEN...

—

ARSCH
LECKEN

NEIN zu den besetzten Häusern in der Marchstraße

CDU-Fraktion
der Bezirksverordnetenversammlung von Charlottenburg
Postfach 100167, 1000 Berlin 10

Die Charlottenburger CDU-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) lehnt weiterhin eine Duldung oder gar Unterstützung der seit März 1989 besetzten Häuser in der Marchstraße zwischen Einsteinufer und Guerickestr. ab. Ganz anders dagegen die Mehrheit in der BVV aus SPD, AL und F.D.P. Mit 23 zu 19 Stimmen wurde das Ersuchen über den Erhalt der besetzten Häuser angenommen. Bei SPD, AL und F.D.P. siegte rot-grün motivierte Sympathie für die letzten Hausbesetzer im ehemaligen Westteil Berlins über kommunalpolitische Vernunft.

Zur Information der Charlottenburger Bürgerinnen und Bürger veröffentlichen wir nachfolgend das Ersuchen aus der letzten BVV-Sitzung und das Abstimmungsverhalten aller 45 Bezirksverordneten, damit Sie sich selbst ein Bild machen können:

ERSUCHEN der AL-Fraktion über

Erhalt der besetzten Wohnhäuser in der Marchstraße / Einsteinufer

Das Bezirksamt wird aufgefordert zu prüfen, ob das von Bewohnern der besetzten Häuser und der TU-Berlin vorgelegte Nutzungskonzept für das Gelände der besetzten Häuser in der Marchstraße/Ecke Einsteinufer eine Realisierungschance besitzt. Der BVV ist bis Ende März 1993 zu berichten.
Der Baustadtrat wird insbesondere aufgefordert, am Ergänzungsverfahren zum Bebauungsplanverfahren VII-64-1, welches für das betreffende Gelände eine breite Nutzungsvielfalt ermöglicht, Wohnnutzung eingeschlossen, festzuhalten

ABSTIMMUNGSVERHALTEN:

1. Behrendt, Gerlinde (SPD): JA
2. Biermann-Gräbner, Cornelia (AL): JA
3. Blaschka, Martin (F.D.P.): JA
4. Bohn, Gerda (SPD): JA
5. Bollmus, Bernd (F.D.P.): JA
6. Friedrich, Jens-Jürgen (CDU): NEIN
7. Gluth, Manfred (CDU): NEIN
8. Granzow, Bärbel (AL): JA
9. Gröhler, Klaus-Dieter (CDU): NEIN
10. Halten-Bartels, Marion (CDU): NEIN
11. Heinzgen, Andreas (CDU): NEIN
12. Hirschfeld, Klaus (SPD): JA
13. Hoffmann, Angelika (SPD): JA
14. Jantzen, Elfi (AL): JA
15. Jochim, Dieter (REP): NEIN
16. Kopachinski, Jürgen (SPD) fehlt
17. Kruck, Christiane (REP): NEIN
18. Kruck, Harald (REP): NEIN
19. Kuntze, Joachim (SPD): JA
20. Meinert, Ingrid (AL): JA
21. Meurier, Gisela (SPD): JA
22. Dr. Müller, Harald (CDU): NEIN
23. Naumann, Reinhard, (SPD): JA
24. Pätz, Klaus-Ulrich (CDU): NEIN
25. Peters, Roswitha (CDU): NEIN
26. Rochow, Dieter (CDU): fehlt
27. Röskamp, Eva (CDU): NEIN
28. Schaffland, Robert (REP): NEIN
29. Scharck, Friedrich (SPD): JA
30. Schmitt, Hans-Joachim (AL): JA
31. Schmitt, Lieselotte (CDU): NEIN
32. Seels, Gisela (SPD): JA
33. Skrodzki, Bernhard (F.D.P.): JA
34. Struck, Claudio (AL): JA
35. Dr. Tesch, Felicitas (SPD): fehlt
36. Thomas, Edgar (CDU): NEIN
37. Tück, Günther (SPD): JA
38. Vialet, Ute (CDU): NEIN
39. Voß, Angela (CDU): NEIN
40. Dr. Wagner, Frank (AL): JA
41. Waldau, Dörte (SPD): JA
42. Weise, Lothar (CDU): NEIN
43. Evers v. Wittenburg, Jens (AL): JA
44. Zemke, Dirk (CDU): NEIN
45. Zimmer, Wolfgang (SPD): JA

Auch nach dieser Abstimmung bleibt es für die CDU-Fraktion dabei: NEIN zur Duldung oder Unterstützung der Besetzer!

Wenn Sie mehr über die Arbeit der CDU-Fraktion in der BVV Charlottenburg wissen möchten, rufen Sie uns an, oder schreiben Sie uns: CDU-Fraktion, Postfach 100 167, 1000 Berlin 10, Tel. 341 35 34.

BUNDESWEITER KONGRESS ZUM THEMA "TRIPLE OPPRESSION" VOM 26.-28. MÄRZ 1993 IN HALLE

Der Kongreß ist als zweites bundesweites Treffen basisdemokratischer, antikapitalistischer, feministischer, antirassistischer, radikalökologischer und antistaatlicher Gruppen, Initiativen sowie Einzelpersonen und damit als Nachfolgeveranstaltung des Kongresses im März 1992 in Berlin gedacht. Der Kongreß ist partei- und organisationsunabhängig und offen für alle InteressentInnen. Er wurde u.a. von VertreterInnen folgender Basisgruppen vorbereitet: LinksökologInnen Berlin, Initiative für eine Vereinigte Linke Berlin und Halle, Vereinigte Sozialistische Partei, Basisdemokratische Linke München, Außerparlamentarische Linke Bonn.
Zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Readers war über einen Antrag auf finanzielle Förderung des Kongresses bei Buntstift e.V. noch nicht entschieden.

26.3.

19.00 Uhr	Beginn
20.00 Uhr	Plenum (grundlegende Referate)

27.3.

9.30 Uhr	Plenum (Vorstellung der Arbeitsgruppen)
10.30 Uhr	Arbeitsgruppen
12.30 Uhr - 14.00 Uhr	Mittagspause
14.00 Uhr - 18.30 Uhr	Arbeitsgruppen (dazwischen Pause)
18.30 Uhr	Abendessen
20.00 Uhr	Öffentliche Veranstaltung mit Kwame M.A. Somburu (politischer Weggenosse von Malcolm X)

28.3.

10.00 Uhr	Plenum, Teil I (Berichte aus den Arbeitsgruppen)
11.30 Uhr	Plenum, Teil II (Folgen für die politische Praxis/Vernetzung)
13.00 Uhr	Mittagessen

Anlaufstelle in Halle wird an allen drei Tagen das **Büro der Initiative für eine Vereinigte Linke, Große Klausstraße 11, O-4020 Halle (Tel. 25537)** sein. An InteressentInnen, die sich bis zum 15.3. schriftlich in Halle anmelden, werden Hinweise zum organisatorischen Ablauf sowie der Reader zur Konferenz zugeschickt. Unterbringung, Verpflegung und Kinderbetreuung werden gewährleistet, wobei eine **vorherige Anmeldung** (möglichst schriftlich an obengenannte Adresse) auch den OrganisatorInnen die Vorbereitung erleichtert.

Arbeitsgruppen:
(Eine weitere Ausdifferenzierung der Arbeitsgruppen ist möglich.)
1. Patriarchat und Kapitalismus/Rassismus
2. Rassismus und Patriarchat/Kapitalismus
3. Kapitalismus und Patriarchat/Rassismus
4. Natur - Mensch - Commune

Der Reader ist eine zwangsläufig unvollständige Materialsammlung zur individuellen Vorbereitung auf den Kongreß. Weitere Materialien werden während des Kongresses verteilt bzw. erstellt.

Triple oppression - Thema mit Zukunft?

"Ich versteh das nicht, warum Frauen auf unseren Demos einen eigenen Block beanspruchen. Nehmen die sich nicht ein wenig zu wichtig?"

"Haben die Arbeiter erst einmal die Macht erobert, dann erledigt sich das mit dem Rassismus von selbst."

"Was ihr nur wollt. In der DDR waren die Frauen doch schon gleichberechtigt."

"Also, was die Türkinnen sich alles von ihren Männern bieten lassen müssen. Mir als Deutsche könnte das nicht passieren."

Meinungen, die wohl nicht nur mir schon des öfteren einen Schluckauf bescherten. Nun ist es ja legitim, wenn sich eine Antifagruppe erst einmal um die Sicherheit des lokalen Asylbewerberheims oder der eigenen Szenecafes, GewerkschafterInnen um den Erhalt ostdeutscher Arbeitsplätze oder Feministinnen um die Abschaffung des Paragraphen 218 kümmern. Ist es doch verständlich , daß mensch als erstes versucht, die Steine aus dem Weg zu räumen, die ihr oder ihm direkt vor den Füßen liegen. Peinlich wird es nur, wenn Linke versuchen, Probleme wegzudiskutieren oder als Nebenwidersprüche zu verkaufen, weil diese sie selbst nicht betreffen oder weil sie sich insgeheim an deren Existenz mitschuldig fühlen, vielleicht sogar bewußt von ihnen profitieren.

Dabei scheint sich dieses Verhaltensmuster wie ein roter Faden durch unsere Geschichte zu ziehen. " Schafft Zustände, worin jeder herangereifte Mann ein Weib nehmen, eine durch Arbeit gesicherte Familie gründen kann." OOOOOOOOOoiiiiiiiiider noch besser : " Die Frau und Mutter soll neben der ernsten öffentlichen und Familienpflicht des Mannes und Vaters die Gemüthlichkeit und Poesie des häuslichen Lebens vertreten. " (Zitat aus einer Denkschrift der Internationalen Arbeiterasssoziation von 1866) ' Na alles konnten die Klassiker ja auch noch nicht überblicken,' wird manche/r an dieser Stelle vielleicht denken . Pustekuchen ! " Wir halten in dieser Hinsicht neben der Agitation durch Frauenbildungsvereine und die Presse, die Begründung von Produktiv-Assoziationen, welche den Frauen vorzugsweise empfohlen werden, die Errichtung von Industrieausstellungen für weibliche Arbeitserzeugnisse, die Gründung von Industrieschulen für Mädchen, die Errichtung von Mädchenherbergen, endlich aber auch die Pflege höherer wissenschaftlicher Bildung für ein geeignetes Mittel, dem Ziel näher zu kommen." (Resulotion des " Allgemeinen Deutschen Frauenvereins " von 1865) . Im Klartext, die Herren Klassenkämpfer ignorierten ganz einfach, was ihnen als Patriarchen nicht in den Kram paßte. So ist es auch nicht verwunderlich, daß einer ihrer Cheftheoretiker , ein gewisser Charlie M., sehr viel über den Wert der Ware Arbeitskraft zu Papier brachte, während die diese Ware produzierenden und reproduzierenden " Frauenarbeiten " , wie Kinder kriegen oder Wäsche waschen, in seinen Analysen weitestgehend außen vor blieben. Aber selbst fortschrittliche Frauen wie Clara Zetkin propagierten eine strikte Unterordnung der Frauen unter die Klassenfrage. Ein Verhalten, das ihren Klassenbrüdern hingegen sehr oft völlig abging. Da diese am Besitz einer von ihnen abhängigen Haussklavin interessiert waren, blieben sie zumeist auch passiv, wenn es, wie z.B. 1979 im Iran, seitens der herrschenden Schicht mal wieder gegen die aufmüpfigen Weibsbilder ging.

Doch das Gerede von den Haupt- und Nebenwidersprüchen ist nicht nur der Arbeiterbewegung eigen. So erklären viele Feministinnen schon seit Jahren die Unterdrückung der Frau durch den Mann sei die ursprüngliche Form der Herrschaft des Menschen über den Menschen, mit deren Abschaffung quasi wieder alles in Butter wäre.

So gar nicht in diese Theorie paßt aber die Tatsache, daß es ebenso Frauen gibt, die auf Kosten männlicher wie weiblicher Lohn- bzw. weiblicher Reproduktionsarbeit leben. Darüber hinaus beweisen die Fälle Maggie Thatcher und Birgit Breuel recht eindrucksvoll, daß sich die Lage der meisten Frauen nicht unbedingt verbessern muß, wenn eine ihrer Geschlechtsgenossinnen ans Ruder kommt .

Noch unhaltbarer erscheinen Theorie die die Gleichheit aller MitgliederInnen einer Klas oder eines Geschlechts propagieren, wenn m. sich das Verhältnis zwischen weißen Frauen bzw. LohnarbeiterInnen aus den Metropolen und ImmigrantInnen sowie der Bevölkerung in anderen Teilen der Erde ansieht. " Und sie schämen sich , die ausländischen Frauen , da man sie als gekaufte Frauen ansieht : schmutzig ohne Moral. " Wie können sie sich nur verkaufen lassen?" steht auf den Gesichtern von deutschen Frauen. Was habt ihr für eine Ahnung davon, was bei uns zu Hause läuft ? was es heißt für die Mutis zu schuften. ... Ihr betrachtet uns als Opfer . Opfer? Als Opfer will ich nun ganz gewiß nicht gesehen werden, weil ich Angst hätte, ihr würdet mich "retten", mir mitleidig helfen wollen." " Schwer ist für uns allerdings zu ertragen, wenn die weißen Frauen anfangen, uns zu lehren, wie wir unsere Kämpfe führen sollen . Schwierig, wenn sie uns gegenüber - in alter kolonialistischer Art - ihre feministische Theorie durchsetzen wollen. Schwierig wenn sie zugleich als Geldgeberinnen Anerkennung von uns verlangen." (Liclic Orben-Schmidt, TAZ vom 10.7.1989) Ziemlich hilflos wirkt in diesem Zusammenhang der Hinweis

darauf, daß rassistische Gewalttaten zumeist von männlichen Zeitgenossen begangen werden.

Aber auch die Geschlossenheit des Weltproletariats ging mit ziemlicher Regelmäßigkeit entlang nationaler Grenzen zu Bruch . Allein die deutsche Gegenwart spricht darüber Bände.

In der Vergangenheit waren sich dann auch schon Führer der deutschen Arbeiterbewegung nicht zu dumm, Sätze wie diesen von sich zu geben: " Wir werden bestimmte Methoden der Unterwerfung der Wilden verurteilen und bekämpfen, aber nicht , daß man Wilde unterwirft und ihnen gegenüber das Recht der höheren Kultur geltend macht. " (Bernstein) Hier sprach einmal ein Linker ungewollt, den rassistischen Grundkonsens, mit dessen Hilfe es politischen wie ökonomischen Eliten immer wieder gelang , LohnarbeiterInnen, wenn es zur eigenen Herrschaftssicherung als notwendig erachtet wurde, gegeneinander auszuspielen. In vielen Ländern profitieren ArbeiterInnen dann sogar direkt von der Teilhabe an rassistischer Unterdrückung . Trotz dieser Tatsache und der sich breitmachenden Abschottungsmentalität gegenüber den von unseren Breiten ausgehend, weltweit produzierten Problemfällen, sollte mensch sich nicht dazu hinreißen lassen, die Differenziertheit der " rassistischen " Bevölkerung im Norden oder auch nur in Deutschland aus den Augen zu verlieren . Zwischen dem Anteil eines Herrn von Brauchitsch und eines obdachlosen hallischen Jugendlichen an der Ausbeutung der Dritten Welt besteht nun mal ein himmelweiter Unterschied . Nun mag sich dieses Beispiel gerade an den extremen Polen unserer Gesellschaft festmachen. Sieht sich mensch aber die Einkommensunterschiede und die unterschiedliche Beteiligung an Entscheidungen innerhalb betrieblicher Hierarchien hierzulande an, so wird mensch feststellen müssen, daß er/sie mit voreiligen Schlüssen schlecht beraten ist. Diese kurz geschilderten Widersprüche werden leider nach wie vor von vielen deutschen Linken ignoriert.

Viel weiter sind da schon schwarze Feministinnen in den USA, in Großbritannien und in der Dritten Welt . Ihnen ist es in den letzten Jahrzehnten gelungen, innerhalb der militanten Linken ihrer Länder das Bewußtsein bezüglich der Existenz einer " Triple oppression ", einer dreifachen Unterdrückung durch Kapital, Patriarchat und Rassismus, zu wecken.

" Gelegentlich wird zur Kennzeichnung der Ausbeutung der Dritten Welt durch die erste, der Imperialismus als vierte Form hinzugezogen . " (Klaus Viehmann " DREI ZU EINS - Klassenwiderspruch, Rassismus und Sexismus ") Dabei gilt den drei bzw. vier Varianten gleiches Interesse seitens linker AfroamerikanerInnen . Auch werden die widersprüchlichen Beziehungen zwischen den Unterdrückungsformen von ihnen schon seit längerem thematisiert .

Kein Wunder . Kämpfen sie doch gemeinsam mit Männern gegen den Rassismus, dem sie tagtäglich ausgesetzt sind, deren Machismus sie nur zu gut kennen. Gleichzeitig waschen viele ihrer Schwestern weißen Feministinnen die Wäsche oder stehen ihre Brüder mit Arbeitern am selben Fließband , die mit dem Ku Klux Klan sympathisieren.



Die Auseinandersetzungen innerhalb der hallischen Antifa betreffs der Ereignisse während der Wunsiedeldemo, die Ausschreitungen vieler Verlierer der deutschen Einheit in Rostock , das Stillschweigen der Mehrheit unserer Bevölkerung zu den neuesten Auseinandersetzungen am Golf und der sich anbahnende Sozialabbau hierzulande, zeigen zur Genüge , daß die Auseinandersetzung mit dem Thema " Triple Oppression" auch für unsere politische Praxis von Nöten ist . Darum hat sich die VL Halle mit befreundeten Gruppen aus der gesamten Bundesrepublik dazu entschlossen, zu dieser Thematik vom 26. bis 28. März einen Kongreß in Halle zu veranstalten. Nähere Informationen erhaltet ihr im VL Büro in der großen Klausstraße 11, Tel.25537, O-4020 Halle

Alldos7

DER LANGE ABSCHIED

Im Jahr ihres 20jährigen Bestehens droht der Berliner Schule für Erwachsenenbildung im Mehringhof der endgültige finanzielle Ruin. Ist die Idee eines selbstverwalteten linken Bildungsprojekts gescheitert?

Zum besseren Verständnis sei vorab erklärt, was die SfE beinhaltet: Sie ist eine Schule des zweiten Bildungsweges, die es Menschen mit Berufsausbildung oder ohne bisherige Ausbildung ermöglichen soll, ihr Abitur zu erlangen, sei es, um sich für ein Studium zu qualifizieren oder um sich anderweitige Perspektiven zu verschaffen.
Die SfE wurde 1973 in Folge des Kampfes um Chancengleichheit im Bildungssektor als Alternative zu staatlichen und privaten Schulen von betroffenen LehrerInnen und SchülerInnen gegründet. Konzeptionell setzte sich das Selbstverwaltungsmodell als organisatorische Form durch, daß in seiner Struktur im Wesentlichen heute noch besteht. Grundlage für diese Struktur war und ist der Anspruch, "selbstbestimmt" zu lernen, d.h., ohne Zensurendruck und Versetzungen, frei von Konkurrenzverhalten und besonders "herrschaftsfrei" - nicht nur für das Abitur, sondern "für das Leben" zu lernen. Das beinhaltet(e) wiederum, im Sinne linker Traditionen, den SchülerInnen zu ermöglichen, sich kritisch mit der herrschenden Gesellschaftsordnung auseinanderzusetzen und im erkämpften Freiraum für sich selbst alternative Lebensformen zu finden. Die Schule versteht sich so als autonomes, unabhängiges Projekt.
Das Schulmodell ist "basisdemokratisch" angelegt. Oberstes Gremium ist die Vollversammlung, als zweite Entscheidungsebene fungieren die Foren, auf denen Informationen ausgetauscht und schnelle Entscheidungen zu schulischen Themen ermöglicht werden sollen. Daneben gibt es verschiedene Ausschüsse wie den Finanz -oder den Öffentlichkeitsausschuß. Der Vorstand der Schule besteht aus gewählten SchülerInnen und LehrerInnen; er vertritt die Schule rechtlich nach Außen.
Die Schule finanziert sich ausschließlich vom Schulgeld der SchülerInnen, 200 Mark pro Monat. Die SchülerInnen erhalten ein BaföG von ca. 700 Mark. Kritisch sei hier schon angemerkt, daß das Projekt seit Jahren auch von den niedrigen Gehältern der Angestellten profitiert, also auf einer Ausbeutu der LehrerInnen durch die SchülerInnen beruht.

Gerüchteweise ist ja schon bekannt, was sich hinter den Mauern der SfE im Mehringhof seit einiger Zeit tut.
Um es kurz zu machen: Jahrelange Mißwirtschaft und Ignoranz fordert nun Konsequenzen - seit dem neuen Semester im Dezember letzten Jahres fährt das Projekt 12.400 Mark Schulden pro Monat (!) ein. Bis Mai sind die Rücklagen des Vereins von ehem. 100.000 Mark aufgebraucht, der Schule droht damit Zahlungsunfähigkeit. Grund für die finanzielle Misere ist hauptsächlich der kontinuierliche Rückgang der Schülerzahlen seit Mitte(?) der achtziger Jahre, was sicherlich nicht nur an mangelndem Interesse liegt. (Nur durch die Maueröffnung 1989 und verstärktem Zustrom aus dem Osten kam es nocheinmal zu einer Erhöhung der Schülerzahlen)
Der Grund für den Rückgang der Schülerzahlen wiederum ist nur sehr schwer zu erklären. Die Krise resultiert(e) allem Anschein nach aus nicht bewußt wahrgenommenen Widersprüchen, die teilweise schon mit Gründung der Schule angelegt waren, andererseits erst im Laufe der Zeit sichtbar wurden.
Kennzeichnend für die Situation der SfE seit ihrer Gründung war ihre Marginalisierung innerhalb des bestehenden Schulsystems. In dieser Stellung etablierte sie sich, was schließlich auch im Selbstverständnis der Schule deutlich wurde: Sie definierte sich fortan unter anderem über eine Abgrenzung zu den staatlichen Schulen ("wir sind anders als die andern"). Das selbstbestimmte, alternative Lernen als eine der Hauptstützen verlor

aufgrund fehlender Reflexion des Lernprozesses nach und nach seinen Inhalt. Dabei spielten starke Ängste vor der externen Prüfungsanforderung und der große organisatorische Aufwand, den die SchülerInnen mit ihrer Selbstverwaltung hatten und haben eine wesentliche Rolle. Vor allem aber seit dem Ende der Achtziger Jahre war der Inselcharakter der SfE nicht mehr zu übersehen. Auch aus ihrer politischen Verantwortung zog sie sich mehr und mehr zurück.
So wurde die Selbstverwaltung zu einer "heiligen Kuh", d.h., sie wurde, ihres ursprünglichen Sinns entleert, zu einem ideelen Abstraktum. LehrerInnen der 68iger Generation appellierten noch an Verantwortungsgefühl und Engagement ihrer SchülerInnen, während der Ruf der Schule in der Stadt auf einen Tiefpunkt gesunken war: "Willst du dein Abi machen, geh an ein staatliches Kolleg, willst du [illegible]öG abzocken, dann bist du an der SfE richtig." Gleichgültigkeit, Konfusität und Chaos machten sich breit. Die Liste der Versäumnisse ist lang, die mahnenden Zeichen wurden übersehen.
Das der Vorstand der Schule seine Tätigkeit als "Strohpuppendasein" definierte, mit der Begründung, es solle ruhig alles so bleiben, wie es ist, erregte auf der Vorstandswahl 1991 keinerlei Anstoß. Ebensowenig wie die Frau, die sich dabei lässig über die Theke lehnte und sagte, "ach, wenns sonst keiner machen will, ich würds machen." (sie wurde leider nicht gewählt)
Trotz der sich immer deutlicher abzeichnenden Krise war Schönfärberei an der Tagesordnung, nach dem Tenor: wir sind doch eine besondere Schule, wenn sich alle nur richtig engagieren.
Mangelnde Kompetenz, fehlende verantwortliche Strukturen und die erwähnte zunehmende Gleichgültigkeit der Einzelnen gegenüber dem Projekt führten dann im letzten Jahr dazu, daß laufend Stundenerhöhungen, besonders für die Frauenklassen, beschlossen wurden, obwohl es keinerlei finanzielle Grundlage dafür gab. Die drei Frauenklassen der SfE sind allein mit über 11.000 Mark am Minus beteiligt. Das geringe Plus, welches die Anfangssemester in den gemischten Klassen erwirtschaften, kann dieses Minus nicht mehr auffangen. Damit soll den Frauen natürlich nicht der schwarze Peter zugeschoben werden, diese Beispiele belegen nur deutlich die Auswirkungen der allgemeinen Blindheit, vor deren Konsequenzen die Schule heute steht.
Die Notwendigkeit, wirtschaftlichere Konzepte, neue Inhalte und neue Strukturen für die Schule zu finden, wurde also meistens verdrängt. Mit einigem Glück bewältigte man mehrere Finanzkrisen. Der Versuch der LehrerInnen, Reformen und neue Strukturen zu erzwingen, scheiterte 1990 am selbstzerstörerischen Machtkampf zwischen der Pro -und der Contra-Fraktion. (Ausgangspunkt der Diskussion war die Forderung der LehrerInnen nach Lohnerhöhung) Die Folge der Auseinandersetzung war ein Trauma, daß auch heute noch nicht überwunden ist und eine Erklärung für die Angst vor grundlegenden Veränderungen sein könnte.
Die sind trotz der alarmierenden Situation nicht in Sicht.
Zwar gibt es seit Dezember 92 eine offene Bildungswerkstatt, die neue Konzepte für die SfE im ZBW erörtert, aber der Druck, vorläufige Konsolidierung und Rettung zu erreichen, ist leider momentan stärker, als sich auf langwierige Inhalts -und Strukturdebatten einzulassen. Ein "Krisenausschuß", der in den Schulferien tagte, arbeitete Vorschläge für eine Vollversammlung aus, die folgendermaßen aussehen: befristete Schulgelderhöhung um 30 Mark, sowie Gehaltskürzung für die LehrerInnen. Damit käme die Schule zwar kurzfristig bis September aus der finanziellen Not. Reichen tut das allerdings nicht.
Die Frage bleibt trotzdem: Mit welchem Konzept ins nächste Semester? - Wie wird die SfE den neuen Bedingungen gerecht, wie ihrer politischen Verantwortung? Was soll die adäquate Struktur für neu zu erarbeitende Inhalte der Selbstverwaltung sein?

Bleibt nur zu hoffen, daß nicht wieder Selbstgefälligkeit und Bequemlichkeit ihren Einzug hält, sondern daß die Schule sich endlich ihrer sozialen und politischen Verantwortung stellt.
Wenn auch, am Anspruch und der Wirklichkeit gemessen, das Bildungskonzept der siebziger Jahre offensichtlich gescheitert ist,- es sind Räume vorhanden, qualifizierte Fachkräfte, eine zwanzigjährige Erfahrung, auf die zurückgegriffen werden kann und an Ideen mangelt es wohl auch nicht. Es bestehen also gute Chancen, dem Projekt zu einer neuen Bestimmung zu verhelfen. Bis dahin werden allerdings noch viele Kämpfe und Debatten zu führen sein.

Nachsatz: Auf der Vollversammlung wurden die erwähnten Vorschläge des Krisenausschusses verabschiedet. Zu verzeichnen war eine allgemeine, unverbindliche Zustimmung, sofort mit Inhalts- und Strukturüberlegungen zu beginnen. Dumm ist nur, daß es darüber zu keiner Abstimmung kam. Der Antrag dazu wurde unter den Tisch diskutiert und nicht konsequent weiter vertreten. Damit ist die Möglichkeit zunächst vertan, daß die SchülerInnen sich selbst in die Verantwortung nehmen, bzw. gibt es nun also noch immer keine Legitimation für grundlegendere Schulveränderungen.

Jolly Joker


RASSISMUS TOTET